Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatl. 3600 M. frei Haus, fällt b. Vorzeig. d. Quittung: Abweichung nur statthaft bei Aufsage d. Bezugs im Vormonat. Bei Abholg. monatlich 3500, wöchentlich 900 M. — Postbezug monatlich. — Einzelnummer 150 M., bei 8 Seiten 200 M.

Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

mit dem Amtsblatt der Stadt Merseburg

der wöchentl. Unterhaltungsbeilage Am häuslichen Herd und dem monatl. erscheinenden Chronist von Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 100 M., im Reklameteil 400 M., für Chiffreanzeigen und Anleihegesuchen 300 M. Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vorm. Belegnummer wird berechnet.

Bezugs- und Anzeigenpreise sind freibleibend.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V., Kreis Mitteldeutschland.

Nr. 102. Mittwoch den 2. Mai 1923 49. Jahrg.

Zur deutschen Angebotsfrage.

Dd. Berlin, 2. Mai.

Die Veröffentlichung der deutschen Angebotsnote erfolgt gleichzeitig mit ihrer **Übergabe an die fünf Großmächte und Belgien.** Dem deutschen Volke wird damit Gelegenheit gegeben, so früh, als es überhaupt angängig war, zum Inhalt der deutschen Note Stellung zu nehmen. Es ist bezeichnend für die Behandlung der deutschen Öffentlichkeit und ihres Organs, der deutschen Presse, daß man das noch besonders anerkennen muß. In anderen Ländern ist es längst Herkommen.

Die Note **bringt in der äußeren Form keine Überraschungen.** Daß sie nicht an Frankreich allein gerichtet ist, muß jeder billig Denkende begreiflich finden, der für deutsches Empfinden in der Zeit französischer Ruhrbesetzung auch nur einiges Verständnis aufbringen kann. Ebenso wenig Veranlassung lag vor, die Note an die Reparationskommission zu richten, deren Aufgabe nach dem Versailler Vertrag genau abgegrenzt und die für die Entgegennahme deutscher Angebote gar nicht zuständig ist. So wendet sich also die Note **an die fünf Großmächte, die den Versailler Vertrag entworfen und zu verantworten haben, und an Belgien, das durch die Franzosen zum Teilnehmer am Ruhreinbruch geworden ist.**

Auch inhaltlich bringt die Note keine Überraschungen für den, der die Kundgebungen und außenpolitischen Reden deutscher Reichsminister und deutscher Parteiführer über das Reparationsproblem in letzter Zeit aufmerksam verfolgt hat. Die angebotene Summe war schon vor Wochen von dem deutschen Außenminister v. Rosenberg in seiner Etatsrede in der gleichen Höhe vorsichtig umschrieben worden, in der sie jetzt im Angebot wiederkehrt. Nur der **„Besserungsschein"** ist hinzugefügt, der darin liegt, daß sich Deutschland zu noch höheren Zahlungen verpflichten will, wenn ein internationaler Sachverständigenausschuß die deutsche Leistungsfähigkeit tatsächlich höher bewerten sollte. Die von England empfohlene Ziffer (40 Milliarden) ist in dem Angebot mitenthalten, da ja die bisherigen deutschen Leistungen und Lieferungen von Engländern wie von Franzosen auf ungefähr diese Summe geschätzt werden, während sie nach deutscher Ansicht noch erheblich höher zu bewerten sind.

Die Bürgschaften deutscher Wirtschaftskräfte für das Angebot des Reiches entsprechen ebenfalls den Andeutungen Rosenbergs in seiner bekannten Etatsrede. Natürlich muß zunächst mit der Entente auf dem Verhandlungsweg festgestellt werden, wie hohe Bürgschaften sie verlangt; dann erst kann mit den deutschen leistungsfähigen Wirtschaftskreisen über Form und Inhalt ihrer Bürgschaften gesprochen werden. Es sind also noch außenpolitische wie innenpolitische Vereinbarungen notwendig, ehe die Bürgschaften durch entsprechende Reichsgesetze absolut gesichert werden können. **Aber die bestimmte Zusage reichsgesetzlicher Regelung macht die Sicherung für die Gläubiger heute schon zuverlässig.**

Die vielbesprochenen **politischen Sicherheiten** Frankreichs gegen deutsche Angriffe werden durch die Note in eine Form gekleidet, die jeden beruhigen müßte, dessen Angst und Besorgnis nicht gerade krankhaft ist. Man hat diesmal absichtlich jede Zeitbegrenzung in dem angebotenen Rheinbundspakt vermieden und die Formulierung auch sonst so ausdehnungsfähig wie nur möglich gehalten, um französischen Vorwänden zur Ablehnung von vornherein den Boden zu entziehen. Die Verweisung aller etwaigen Streitfälle an ein unparteiisches Schiedsgericht müßte nach menschlichem Ermessen kriegerische Entwicklungen dauernd im Keime ersticken.

So muß auch bei recht kritischer Betrachtung der Note festgestellt werden, daß sie mit Geschick **nüchtern und sachlich formuliert** ist und manchen Schwierigkeiten aus dem Wege geht, die früher in der Diskussion mit dem Ausland nicht genügend berücksichtigt worden waren. Dabei ist sie ganz offensichtlich nicht nach dem Diktat englischer Wünsche, wie in Paris schon im voraus behauptet wird, geschrieben, sondern ganz allein ernsten praktischen Erwägungen deutscher Leistungsfähigkeit entsprungen. Gewiß wird es immer Kritiker geben, denen das Angebot entweder zu hoch oder zu niedrig erscheint, oder die sonst allerlei daran auszusetzen haben. Aber Aufgabe der verantwortlichen deutschen Regierung konnte es nur sein, zwischen deutscher Leistungsfähigkeit und den berechtigten Wünschen besonnener Ententepolitiker eine richtige Angleichung zu finden. Das ist, wie auch die Billigung der Note durch die Parteiführer beweist, nach Urteil aller politischen und wirtschaftlichen Sachverständigen erzielt.

Die Note kann nur überspannte Erwartungen enttäuschen oder nationalistische Pessimisten verärgern. Vielleicht gibt es in Frankreich beide in der Überzahl. Dann helfen alle Angebote nicht, und auch dieses letzte war eine vergebliche deutsche Arbeit. Um so fester müssen denn alle Kräfte zusammenstehen, um durch waffenlosen Kampf die deutsche Sache doch noch zu gutem Ende zu führen.

Die Berliner Beratungen am Dienstag.

Berlin, 2. Mai. (Priv.-Telegr.) **Der Reichskanzler hat am Dienstagvormittag um 10 Uhr die Führer der Sozialdemokraten, um 11 Uhr die der Deutschnationalen und um 12 Uhr die Führer der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft empfangen, um ihnen von dem Inhalt der an die Alliierten zu entsendenden Note Kenntnis zu geben. Um 1 Uhr fand sodann das Empfangsessen der in Berlin eingetroffenen**

Ministerpräsidenten der Länder

beim Reichspräsidenten statt, an das sich um 3 Uhr die Besprechungen anschlossen. Diese zogen sich bis in die späten Abendstunden hin, da die Aussprache über den seitens der Regierung vorgelegten Text der Note sehr eingehend war. Die Note ist am Dienstagabend an die Alliierten abgegangen. Sie wird erst am Mittwoch der deutschen Öffentlichkeit bekanntgegeben. Der Reichskanzler wird am Mittwoch vor den versammelten Ministerpräsidenten noch eine erläuternde Rede zur Veröffentlichung der Reparationsnote zu halten.

Das deutsche Angebot!

30 Milliarden Goldmark. — Abschluß eines Rheinpaktes. — Beendigung der Pfänder- und Sanktions-Politik.

Berlin, 2. Mai. (WTB.) Die deutsche Note, die heute gleichzeitig in Washington, Brüssel, Paris, London und Tokio überreicht wurde, betont eingangs, daß die Fragen des Wiederaufbaues, der wirtschaftlichen Gesundung und des Friedens Europas

nur auf dem Wege gegenseitiger Verständigung

gewährt werden können. Die im Widerspruch damit erfolgte Ruhrbesetzung habe die Bevölkerung mit passivem Widerstand beantwortet. Die deutsche Regierung habe sich entschlossen, nochmals einen Lösungsversuch zu machen, ohne ihren Rechtsstandpunkt zu verlassen oder den passiven Widerstand aufzugeben, der fortgesetzt werden wird, bis die Räumung der über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete und die Wiederherstellung vertragsmäßiger Zustände in den Rheinlanden erfolgt sind. Die Note führt dann aus, daß es bei der gegenwärtigen Verfassung der deutschen Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse nicht möglich ist, die Leistungsfähigkeit Deutschlands in festen endgültigen Ziffern abzuschätzen. Wegen dieser Unmöglichkeit muß jede Lösung einen elastischen Faktor enthalten. Größere Kapitalbeträge aus eigenen Mitteln könne Deutschland für die nächste Zeit nicht aufbringen und behürfe deswegen ausländiger Anleihe, deren Aufnahme die Wiederherstellung des deutschen Kredites zur Voraussetzung hat.

Im Einklang mit dem Grundgedanken ihres Planes für die Pariser Finanzkonferenz macht die deutsche Regierung daher folgende Vorschläge zum Reparationsproblem und den damit verbundenen politischen Fragen. Die Gesamtverpflichtung Deutschlands zu finanziellen und wirtschaftlichen Sachleistungen aus dem Vertrage von Versailles wird auf

30 Milliarden Goldmark

festgesetzt, die mit 20 Milliarden bis zum 1. Juli 1927, mit 5 Milliarden bis zum 1. Juli 1929 und mit 5 Milliarden bis zum 1. Juli 1931 durch Ausgabe von Anleihen zu normalen Bedingungen auf dem internationalen Goldmarkt aufzubringen.

1. Die ersten 20 Milliarden Goldmark werden sofort zur Zeichnung aufgelegt. Die Anleihezinsen werden bis zum 1. Juli 1927 aus dem Anleiheerlös entnommen und in einem von der Reparationskommission zu beaufsichtigenden Fonds sichergestellt. Soweit die 20 Milliarden Goldmark bis zum 1. Juli 1927 nicht durch Anleihe aufgebracht werden können, sind sie von diesem Zeitpunkt ab mit 5 Prozent zu verzinsen und mit 1 Prozent zu tilgen.

2. Falls die beiden Beträge von je 5 Milliarden Goldmark bis zu den dafür vorgesehenen Terminen im Anleihewege zu normalen Bedingungen nicht voll aufzubringen sind, soll eine unparteiische internationale Kommission darüber entscheiden, ob, wann und wie der nicht gedeckte Rest aufzubringen ist. — Die gleiche Kommission soll im Juli 1931 auch darüber entscheiden, ob, wann und wie für die Zeit vom 1. Juli 1923 ab die zunächst nicht vorgesehenen Zinsen nachträglich aufzubringen sind. Als unparteiische internationale Kommission soll gelten entweder das Anleihekonsortium, das die ersten 20 Milliarden Goldmark begeben hat, oder ein dem Vorschlagdes Staatssekretärs Hughes entsprechendes Komitee von internationalen Geschäftsleuten, in dem Deutschland gleichberechtigt vertreten ist, oder ein Schiedsgericht, bestehend aus je einem Vertreter der Reparationskommission und der deutschen Regierung sowie einem Obmann, dessen Ernennung, falls sich die beiden anderen Mitglieder über seine Person nicht einigen, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika gebeten werden soll.

3. Deutschland wird in Anrechnung auf seine Schuld nach den Bestimmungen der bestehenden Verträge Sachleistungen ausführen, über deren Ausmaß nähere Vereinbarungen vorbehalten bleiben.

Die deutsche Regierung sei überzeugt, so führt die Note weiter aus,

bis an die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit,

nach der durch die Ruhrbesetzung verursachten weiteren Störung und Schwächung der deutschen Volkswirtschaft gegangen zu sein. Sie habe ernste Zweifel, ob nicht der Vorschlag die Leistungsfähigkeit Deutschlands übersteige. Kein Uebelgesinnter könne zu höheren Schätzungen gelangen. Sollte diese Auffassung von der andern Seite nicht geteilt werden, so schlägt die deutsche Regierung vor, entsprechend der Anregung des Staatssekretärs Hughes

das gesamte Reparationsproblem einer von jeder politischen Einwirkung unabhängigen internationalen Kommission zu unterbreiten.

Hinsichtlich der Garantien betont die Note, daß der gesamte Besitz und alle Einnahmequellen des deutschen Reiches und der deutschen Länder nach dem Versailler Vertrag haftet sind und daß im Wege der Verhandlungen festzustellen ist, wie für den Anleihedienst diese Haftung konkret zu gestalten ist, und welche Garantien im einzelnen zu bestellen sind. Auf gesetzlichem Wege soll

die gesamte deutsche Volkswirtschaft zur Sicherung des Anleihedienstes herangezogen werden.

Die Sachlieferungen sollen durch langfristige Privatverträge unter Ausbedingung von Vertragsstrafen gesichert werden.

Die Note beschäftigt sich dann mit der Frage der

Stabilisierung der deutschen Währung

und der Ordnung des Reichshaushaltes und verweist auf die Notwendigkeit einer

Beendigung der Pfänder- und Sanktionspolitik.

Die der Befreiung Deutschlands von unproduktiven Ausgaben und von den politischen und wirtschaftlichen Fesseln, wodurch auch die Einheit der Verwaltung für das gesamte Westdeutschland und dessen wirtschaftliche Gleichberechtigung wiederhergestellt werden sollen. Im Interesse gemeinsamer wirtschaftlicher Arbeit soll in privatwirtschaftlichen Verträgen die Grundlage für den gesicherten Austausch von lebensmichtigen Waren zwischen den beteiligten Ländern geschaffen werden. Dazu gehört insbesondere der Abschluß langfristiger privatwirtschaftlicher Verträge über die Lieferung von Kohle und Koks. Im gleichen Interesse friedlicher Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs ist die deutsche Regierung, wie sie auch mit ihrer Anregung zum

Abschluß eines Rheinpaktes

bekunden wollte, zu jeder friedenssichernden Vereinbarung bereit, die auf Gegenseitigkeit beruht. Insbesondere erklärt sich Deutschland zu Vereinbarungen über Schiedsgerichte in allen Streitfragen und über Vergleichsverfahren nach dem Muster der Briandschen Verträge bereit. Die deutsche Regierung schlägt vor, auf der Grundlage der vorstehenden Ausführungen in Verhandlungen einzutreten. Ausgangspunkt der Verhandlungen muß sein, daß innerhalb kürzester Frist der Status quo ante wiederherzustellen ist. Dazu gehört, daß nun die über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete geräumt, in den Rheinlanden vertragsmäßige Zustände wiederhergestellt, die verhafteten Deutschen in Freiheit gesetzt und den Ausgewiesenen ihre Wohnstätten und Ämter zurückgegeben werde.

*

Frankreich will prüfen!

Paris, 2. Mai. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Im Ministerium des Äußern am Quai d'Orsay wurde gestern abend zum ersten Male unumwunden erklärt, man sei einverstanden, daß die deutschen Vorschläge an alle Alliierten übermittelt werden und nicht bloß an Frankreich und Belgien allein. Die Frage der Fortdauer des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet würde Frankreich nicht hindern, die deutschen Vorschläge in Erwägung zu ziehen. Alles hänge davon ab, ob die deutschen Vorschläge als „aufrichtig" angesehen werden können.

Frontwechsel der britischen Flottenpolitik.

London, 2. Mai. (Drahtmeldung des WTB.) Im Unterhause befürwortete ein Vertreter der Admiralität die Errichtung eines großen Docks in Singapore, welches große Schlachtschiffe aufzunehmen vermag und im Laufe der nächsten zehn Jahre gebaut werden soll. Er ergänzte, die Einrichtung des Flottenstützpunktes in Singapore richte sich gegen niemand, sie sei lediglich eine Sicherungsmaßnahme. „Daily Express" bezeichnet dies als eine wichtige Änderung der britischen Flottenpolitik, der Verlegung des Flottenschwergewichts nach dem Fernen Osten infolge des Aufhörens der deutschen Bedrohung.

Frankreich, Deutschland und der Rhein.

Nach der Geschichtsphilosophie der Deutschen, hat einmal der Franzose Renan gesagt, gebe es auf der Erde nur das Recht der Orang-Utans, die zu Unrecht durch die Zivilisierten um ihre Herrschaft gebracht worden seien. Mit dieser Behauptung glaubte er die Lehre, das Elsaß sei ein deutsches Land, umstoßen zu können. Das Lächerliche solchen Vorwurfs braucht nicht besonders unterstrichen zu werden. Viel wichtiger wäre es gewesen, die Spitze gegen die eigenen Landsleute zu kehren. Denn nur zwei Jahrzehnte lang war der Rhein die politische Grenze zwischen Deutschland und Frankreich, und der Ruf der Franzosen nach dieser natürlichen Grenze ist ein ewiger. Oder fühlen sich heute die Franzosen als Nachfolger Julius Cäsars? Er ist genau so der Eroberer Galliens wie des linken Rheinufers.

Schon zu Cäsars Zeiten standen die Germanen zu beiden Seiten des Rheins. Der Hauptgegner des Römers, Ariovist, hatte festen Sitz im Elsaß. Cäsar, Tacitus und Plinius, alles römische Schriftsteller, nennen allein für das Gebiet nördlich der Mosel sieben germanische Stämme. Auch die Namen der beiden römischen Militärbezirke zeugen davon, daß den Eroberern der germanische Charakter am meisten ins Auge stach: Germania superior und Germania inferior!

Seit den Tagen der Römer hat nie eine andere Rasse an den Ufern des Rheines festen Fuß gefaßt. Die Stürme der Völkerwanderung zeigen überall das germanische Element im Vordergrunde. Die deutsche Sprachgrenze liegt weit westlich des Rheins, und heute nach dem Versailler Vertrage im Elsaß und nördlichen Lothringen auch wieder wesentlich westlich der Reichsgrenze.

Und als die Enkel des großen Karls im Jahre 843 das fränkische Reich teilten, da lag die Ostgrenze des westfränkischen Reiches an der Schelde und westlich der Maas (!), das Mittelreich aber griff unterhalb von Koblenz auf das rechte Ufer über, während das ostfränkische Reich östlich der Maas auf das linke Ufer sprang.

Auch hier also der Rhein keine strenge politische Grenze! Und als dann nach den letzten Verträgen von Verdun-Mersen die Grenzen wiederum festgesetzt wurden, da kam das Reich Lothars zu dem ostfränkischen Reiche, und diese neue Grenze blieb Jahrhunderte hindurch die Schranke, in deren Osten sich die deutsche und westlich von ihr die französische Nation bilden sollte. Metz, Toul und Verdun waren Bistümer des heiligen römischen Reiches deutscher Nation! Das Elsaß ein deutscher Gau, der in der ersten Hälfte des 10. Jahrhunderts zu dem rechtsrheinischen Herzogtum Schwaben kam.

Die Grenze des Vertrages von Verdun hat ungefähr bis zum 16. Jahrhundert fortbestanden. Nur geringe Teile waren zumeist durch dynastische Beziehungen abgebröckelt und an Frankreich gelangt. Erst 1552 wurden Metz, Toul und Verdun durch Wegnahme französisch.

Das sind Tatsachen, die keine Geschichtsfälschung mehr aus der Welt schaffen kann. Aber nun wird jeder fragen, worauf stützen sich denn die Ansprüche der Franzosen? Der Franzose wird zunächst antworten: das Elsaß ist vor 1870 französisch gewesen. Man frage ihn dann: Und wann und auf welche Weise ist das Elsaß dann an Frankreich gekommen? Die Antwort wird lauten, das Land sei im Westfälischen Frieden von Kaiser und Reich an Frankreich rechtmäßig abgetreten worden. Das stimmt aber nur für einen Teil des Gebietes. Nur diejenigen Territorien fielen unter die Abtretungsparagraphen, die unmittelbar unter der Herrschaft des Hauses Habsburg gestanden hatten. Diejenigen Stände, die unmittelbar unter dem Reich gestanden hatten und standen, waren nicht mit eingeschlossen. Hier an dieser Stelle die recht verwickelten Verhältnisse auseinander zu setzen, würde zu weit führen. Es mag deshalb nur auf einen Punkt verwiesen werden, der klar und deutlich beweist, daß die französischen Politiker den deutschen Charakter des Landes nicht leugneten.

Die Gesandten schlugen vor, die abzutretenden Länder vom Reich zu „Lehen" zu nehmen und den König von Frankreich für diese Territorien zu einem Stand des Deutschen Reiches zu machen. Wenn aber der König von Frankreich ein solcher Stand werden wollte auf Grund der elsässischen Erwerbungen, so liegt doch zweifelsohne in dieser Absicht das Zeugnis eingeschlossen, daß es sich um „deutsche" Länder handelt.

Die Universität Straßburg ist von jeher eine Pflanzstätte deutscher Wissenschaft gewesen. Nur die Namen Goethe und Herder brauchen nur zu nennen. Hier haben sie die köstlichen deutschen Volkslieder aufgezeichnet, die sie in dem angeblich undeutschen Lande bei den Leuten gehört. Herder, Ossian, Shakespeare: eine Gedankenverbindung, die nur Germanisches enthält! Goethe im Elsaß und Goldsmiths Vicar of Wakefield eine zweite Gedankenverbindung, die um Straßburg kreist und ebenfalls nur Germanisches in sich birgt.

Erst mit der französischen Revolution wurde das gesamte Elsaß französisch! Es trat in den Staatsverband der neuen Republik, ohne sein Deutschtum aufzugeben. Man schaue sich nur die Karte des Elsaß an: man merkt, daß es der französischen Sprache überhaupt unmöglich ist, die deutschen Ortsnamen durch „urwüchsige" französische zu ersetzen. Straßburg, Colmar, Mülhausen, Hagenau, Weißenburg, Sermheim, Altkirch und noch Hunderte mehr lassen sich in keiner Weise im Französischen wiedergeben, weil die Namen alte deutsche Wurzeln sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230502-10/fragment/page=0001

Krupp v. Bohlen-Halbach verhaftet!

Essen, 1. Mai. In der Untersuchungssache gegen die Direktoren der Krupwerke hatte der französische Untersuchungsbeamte Herrn Krupp von Bohlen und Halbach vorgeladen, um ihn zum dritten Male als Zeugen zu vernehmen. Der Vorgeladene hatte, um der Vorladung zu folgen, seinen Aufenthalt in Berlin, wo er zwecks Teilnahme an den Sitzungen des preußischen Staatsrates und an wichtigen geschäftlichen Besprechungen weilte, vorzeitig abgebrochen und sich heute vormittag beim französischen Untersuchungsrichter eingefunden. Nach kurzem Verhör erklärte ihm der Untersuchungsrichter, daß er verhaftet sei.

Wie Wolffs Tel.-Büro weiter meldet, erfolgte die Verhaftung des Herrn Krupp von Bohlen und Halbach aus den gleichen „Gründen", aus denen die drei anderen Direktoren verhaftet worden sind. Irgend ein besonderer Tatbestand für die Verhaftung liegt nicht vor. Von französischer Seite ist Herrn v. Krupp vorgeworfen worden, daß er das Heulen der Sirenen nicht verhindert habe, obwohl er am Karsonnabend in der Gußstahlfabrik anwesend gewesen sei. Soweit bisher bekannt ist, ist infolge der Verhaftung des Herrn von Krupp und Bohlen-Halbach mit einer weiteren

Verzögerung des Verhandlungstermins

zu rechnen. Nach den bisherigen Mitteilungen von französischer Seite soll die Verhandlung am Freitag vormittag beim Kriegsgericht in Werden beginnen. Die Verhandlungen dürften sich noch bis Sonnabend erstrecken, da etwa vierzig Zeugen vernommen werden sollen. Die Anklageschrift soll am Mittwoch, also heute, vormittag den Verteidigern übergeben werden.

Im Rheinland herrscht tiefgehende Erregung über Krupps Verhaftung. Bezeichnend ist, was die „Kölnische Zeitung" schreibt: Die Verhaftung sei in dem Augenblick, wo die Reichsregierung einen Vorschlag überlege, um der Welt den Frieden wiederzugeben, ein Schlag in das Gesicht der deutschen Industrie und Wirtschaft. Das Vorgehen gegen einen Hauptvertreter der deutschen Wirtschaft gerade im gegenwärtigen Augenblick zeige, daß es bei dem Vorgehen der Franzosen im Ruhrgebiet und im Rheinlande

nicht um wirtschaftliche Ziele

gehe, sonst müßte das französische Volk mit seinen Politikern, die aus dem Fehlschlagen des Ruhrunternehmens in wirtschaftlicher Hinsicht noch nicht die nötigen Folgerungen ziehen, schon längst aufgeräumt haben. Was nun kommt, bleibt abzuwarten. Komme es übermorgen zu dem Kriegsgerichtsprozeß, so hat die Verhaftung des Herrn von Halbach den Weg zum Urteil gewiesen. Eines darf sich die französische Politik gesagt sein lassen: die Verhaftung sowie ein Urteil gegen die Essener Direktoren werden im Ruhrgebiet ganz anders gewertet werden, als vielleicht in dem durch unentwegte Propaganda verseuchten Auslande.

Ein neuer Schandprozeß.

Hattingen, 2. Mai. (WTB.) Vor dem Kriegsgericht der 40. französischen Infanteriedivision begann gestern mittag der Prozeß gegen die Direktoren der Heinrichshütte in Hattingen, dem zum Teil ähnliche Vorkommnisse zugrunde liegen wie dem bevorstehenden Prozeß gegen die Direktoren der Firma Krupp. Am Karsonnabend erschienen morgens mehrere französische Ingenieure auf der Hütte mit einer militärischen Bedeckung von 150 Mann und verlangten die Direktoren zu sprechen. Die Ein- und Ausgänge wurden besetzt. Wie in ähnlichen Fällen strömten auch hier die Arbeiter und Angestellten herbei. Ein Arbeiter zog die Sirene und alsbald war die Belegschaft auf dem großen Werkplatz versammelt. Die Direktoren Jäger und Zöllner empfingen die fremden Ingenieure. Nach der Unterredung äußerten die Ingenieure Besorgnisse, die Arbeiter könnten sie bedrohen. Daraufhin sprachen die beiden Direktoren beruhigend auf die Arbeiter ein und begleiteten die Ingenieure ans Tor. Wegen dieser Vorgänge sollten Jäger und Zöllner verhaftet werden. Da sie sich auf einer Geschäftsreise befanden, wurde an ihrer Stelle der Prokurist Heinecke verhaftet. Dieser bestreitet, daß die Arbeiter für ihr Verhalten beim Ertönen der Sirene Weisungen erhalten hätten. Unter anderen wurden Betriebsratsmitglieder vernommen, die aussagten, daß die Direktoren keine diesbezügliche Weisung erteilt hätten.

Nach Beendigung des Zeugenverhörs beantragte der Staatsanwalt, die beiden Direktoren Jäger und Zöllner in Abwesenheit zu je 200 Millionen Mark Geldstrafe wegen des verbotenen Kohlentransportes zu verurteilen. Wegen der Vorgänge am 31. März beantragte er Bestrafung wegen Störung der öffentlichen Ordnung, und zwar mit Rücksicht auf die Abwesenheit der beiden Direktoren die Höchststrafe von

5 Jahren Gefängnis und 50 Millionen Mark Geldbuße.

Der dritte Angeklagte Heinecke sei mindestens verantwortlich für den Kohlentransport. Die Höhe der Strafe überlasse er dem Gerichtshof. — Am Schlusse seiner zweistündigen Rede beantragte Dr. Grimm die Freisprechung aller Angeklagten. Darauf zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück.

Besetzungs-Chronik.

75 Millionen Mark „Strafe" für Duisburg.

Düsseldorf, 2. Mai. (WTB.) Wegen angeblicher Sabotagehandlungen an den Fernsprechleitungen ist die Stadt Duisburg von den Belgiern mit einer Strafe von 75 Millionen Mark oder 3371 Dollar belegt worden. Der stellvertretende Regierungspräsident Lutterbeck hat gegen diese Maßnahme brieflich beim General Beauraigh protestiert.

Bahnhof Rotthausen besetzt.

Essen, 2. Mai. (WTB.) Eine von Infanterie, Radfahrern, Kavallerie und sechs Tanks begleitete Eisenbahnerformation hat den Bahnhof Rotthausen besetzt. Der leitende Ingenieur erklärte, daß der Bahnhof besetzt bleiben soll.

Besetzung rheinischer Braunkohlengruben.

Köln, 2. Mai. (Priv.-Telegr.) Wie das „Kölner Tageblatt" hört, haben die Franzosen die drei Braunkohlengruben Donatus, Liblar und Liblar-Konkordia bei Brühl an der Grenze des englisch besetzten Gebietes zur Abbeförderung von Kohle militärisch besetzt. Die Belegschaften der drei Gruben sind in den Ausstand getreten. Es werden nur Notstandsarbeiten verrichtet.

Ein neuer Mord!

Bochum, 2. Mai. (WTB.) In der Nacht zum 1. Mai wurde an einer Eisenbahnüberführung von Altenberg ein Zivilist von einem französischen Posten ohne Grund angeschossen und schwer verletzt.

Der „wohlwollende" General.

Münster, 2. Mai. (Priv.-Telegr.) Der Kommandierende General der 38. Division macht, da die Betriebsräte die für die Erlangung von Passierscheinen für Deputatkohle nötigen Gesuche bisher nicht an die Militärverwaltung gerichtet haben, den Arbeitern bekannt, daß es ihnen aus Wohlwollen versuchsweise erlaubt sei, die Gesuche direkt an den Divisionsgeneral und an die Kommandanten in Hörde und Witten zu richten. Der bis jetzt ohne die vorgeschriebenen Passierscheine geduldete Verkehr mit Deputatkohle nehme mit dem 1. Mai sein Ende.

Die Gesamtbeute.

Die Franzosen haben aus dem Ruhrgebiet durch die Eisenbahn vom Anfang der Besetzung bis zum 28. April weggeholt:

Kohlen 96 300 Tonnen,
Koks 142 600 Tonnen;

auf dem Wasserwege bis zum 15. April:

Kohlen 168 000 Tonnen,
Koks 25 000 Tonnen.

Vor der Besetzung wurden täglich rund 60 000 Tonnen abgefahren. **Es stehen also 432 000 tatsächlicher gegen über 6 Millionen möglichen Gewinn!**

Der Essener Massenmörder amtlich — belobt!

Paris, 1. Mai. (Priv.-Telegr.) Über die Vorfälle auf den Kruppwerken am Ostersonnabend wurde auf Befehl des Generals Degoutte eine Untersuchung eingeleitet. Diese wurde nunmehr durch einen Tagesbefehl abgeschlossen, in dem der Oberbefehlshaber dem Leutnant, der das Detachement führte, das auf die Männer geschossen hatte, für seine große Kaltblütigkeit seine Anerkennung ausspricht. Er habe seine Leute, trotz der Provokationen, Drohungen und Angriffe, denen sie ausgesetzt gewesen seien, ganz in der Gewalt behalten und den Gebrauch der Waffe erst in dem Augenblick befohlen, in dem seine Truppen sich in dringender Gefahr im Zustand legitimer Notwehr befanden.

Außenpolitische Übersicht.

Die Einkreisung.

Paris, 2. Mai. (Priv.-Telegr.) Der „Gaulois" stellt fest, daß man in den Reisen des Marschalls Foch nach Polen und der Tschecho-Slowakei nicht nur einfache Höflichkeitsbesuche zu sehen habe, sondern Foch wolle sich davon überzeugen, welche Fortschritte die polnische und tschechische Armee in der letzten Zeit gemacht haben und ob ihre militärische Erziehung sie befähigt erscheinen lassen könnte, kriegerisch einzugreifen. Man könne sich nicht verhehlen, daß die Luft mit Elektrizität geladen sei und daß kriegerische Verwickelungen befürchtet werden müßten.

Entspannung des französisch-türkischen Gegensatzes?

Lausanne, 2. Mai. (WTB.) General Pellé, der vorgestern aus Paris zurückgekehrt ist, gab gestern Ismed Pascha ein Essen, das allerdings schon vor seiner Pariser Reise festgesetzt worden war. An das Essen schloß sich eine mehrstündige Unterredung, an der die beiden Bevollmächtigten die Gesamtheit der türkisch-französischen Streitfragen besprachen. Über die Unterredung wird strengstes Stillschweigen beobachtet. Es scheint, daß, wenn die Lage durch die Aussprache auch geklärt wurde, die Gegensätze doch noch nicht überwunden sind. Immerhin ist eine gewisse Entspannung zu verzeichnen, da Ismed Pascha die türkische Presse um Mäßigung ersuchte, wie auch General Pellé den Pressevertretern beruhigende Erklärungen abgab.

Die Maifeier in Frankreich und England.

Paris, 2. Mai. (WTB.) Nach den bisher vorliegenden Nachrichten ist die Maifeier in Frankreich in der üblichen Weise begangen worden. In den Bergwerksbezirken feierten etwa 75 Prozent der Bergarbeiter. In Paris fanden, wie Havas meldet, am Nachmittag überall Massenversammlungen und Kundgebungen statt, die sich gegen die Teuerung, gegen die innere Reaktion, gegen den Militarismus und gegen die Ruhrbesetzung richteten.

London, 2. Mai. (WTB.) Der 1. Mai nahm hier und in anderen Teilen Englands einen ruhigen Verlauf. In der Grafschaft Durham haben 200 000 Bergarbeiter gefeiert

Deutschland.

Ein- und Ausfuhrregelung

für die nicht am Ruhreinbruch beteiligten Mächte.

Berlin, 2. Mai. (WTB.) Die Reichsregierung hat auf Grund von Verhandlungen mit mehreren am Ruhreinbruch nicht beteiligten Mächten eine Regelung getroffen, wonach es mit der nach deutschen Vorschriften etwa erforderlichen Genehmigung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung den in Deutschland ansässigen Firmen im Rahmen der vor dem 20. Februar d. J. abgeschlossenen Handelsverträge gestattet ist, Waren zu liefern und anzunehmen, auch wenn der ausländische Vertragsgegner sich wegen der Aus- oder Einfuhr an die Besatzungsbehörde wendet. An der grundsätzlich ablehnenden Haltung Deutschlands gegenüber den französischen Ein- und Ausfuhrstellen und an dem allgemeinen Verbot für die in Deutschland ansässigen Firmen, Anträge an diese Stellen zu liefern, wird durch diese Ausnahme nichts geändert.

Die Lohnerhöhung für die Bergarbeiter.

Berlin, 2. Mai. (Priv.-Telegr.) Wie die „D. Z." erfährt, hat der im Reichsarbeitsministerium zusammengetretene Schlichtungsausschuß den Bergarbeitern in seinem Schiedsspruch eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 1100 M pro Schicht, d. h. von etwa 10—12 Prozent zugebilligt.

Kommunistische Übergriffe in München.

München, 2. Mai. (WTB.) Hier kam es in der Nacht zum 30. April im Stadtparkviertel zu Zusammenstößen zwischen Mitgliedern einer kommunistischen Hundertschaft und Straßenpassanten, die nach Waffen durchsucht wurden. Infolge Besetzung der Feuermelder durch die Kommunisten konnte die Feuerwehr nicht rechtzeitig herbeigerufen werden.

Die Landtagswahlen in Oldenburg

finden am 10. Juni statt. Der neue Landtag wird dann sofort zusammentreten, um die neue Regierung zu wählen.

Der antideutsche Kurs in Memel.

Memel, 2. Mai. Nachdem die rücksichtslos im Eiltempo erfolgende Umstellung auf litauische Verhältnisse, wie sie von den litauischen Machthabern betrieben wird, mit ihrer Drangsalierung des Deutschtums das Deutschtum im Memellande gezwungen hat, in einem von der gesamten deutschen Bevölkerung getragenen kraftvoll durchgeführten nationalen Abwehrstreik ihre Rechte zu verteidigen, drohen dem Deutschtum im Memellande neue Gefahren. Der bisherige Oberkommissar der litauischen Regierung im Memellande, Smetona, legt nämlich sein Amt nieder. Er muß als verständigungswilliger Mann bezeichnet werden, der an dem Blutvergießen und den Ausschreitungen der litauischen Soldateska unschuldig ist. Als sein Nachfolger soll nun einer der schlimmsten Hetzer gegen das Deutschtum ausersehen sein, der frühere preußische Gerichtsbeamte Simonaitas. Diese Ernennung würde für das Memeldeutschtum einen Schlag ins Gesicht bedeuten und neue Unruhen dürften die Folge sein. Man muß daher erwarten, daß die litauische Regierung die Lage noch einmal genau durchprüft und keine Ernennung vollzieht, die den Frieden im Memelgebiet auf das schwerste gefährden müßte.

Merseburg und Umgegend.

2. Mai.

Was der Mai bringt!

Mit Wirbelwind und schönem Sonnenschein ist der letzte Frühlingsmonat ins Land gezogen. Dichter und Dichterlinge besingen den Wonnemond als die schönste Zeit des Jahres überhaupt. In Wirklichkeit hat der Mai oft auch die unangenehmen Eigenschaften der Frühlingsmonate, d. h., er gehört zu der Übergangszeit, in der man vor Rückfällen nach dem Winter zu nicht sicher ist. Dieser Tatsache tragen die volkstümlichen Wetterregeln Rechnung, denn sie bezeichnen eine Reihe von Tagen, die bis in die Mitte des Monats reicht, insbesondere die Tage vom 11. bis 15. Mai, als die Zeit der Eisheiligen. Im allgemeinen will der Landwirt keinen trockenen, warmen Mai haben; er schätzt den warmen Regen und die feuchten Niederschläge, auf die Sonnenschein folgt, denn ein solches Wetter ist Wachswetter. Eine Wetterregel sagt: „Zu Philipp und Jakob viel Regen, bedeutet viel Segen." Eine andere lautet: „Maientau macht grüne Au." In einer dritten heißt es: „Märzenstaub, Aprilenlaub, Maienlachen (d. h. Regenpfützen im Mai), das sind drei recht gute Sachen." Seinen Namen hat der Mai von der jugendschönen altrömischen Göttin Maja, der Tochter Merkurs. Neben dem schon genannten deutschen Namen „Wonnemond" ist auch die Bezeichnung „Maie" verbreitet und gilt als deutsche Herkunft. Magus, das denselben Wortstamm hat, ist gotisch und heißt „der junge Mann". Die weibliche Ableitungssilbe ist „et", so daß also „Maget", „Magd", „Maid" das Mädchen heißt. „Maige", „Meyge", „Maien" ist das junge Laub.

Der Mai hat 31 Tage; am 10. ist Himmelfahrtstag, am 20. und 21 wird das Pfingstfest gefeiert. Am 31. ist der Fronleichnamstag. Die Pfingstferien beginnen am 18. Mai und dauern bis 25. Mai. Für die Anhänger des Fußballsportes bringt der Monat die Kämpfe um die Deutsche Fußballmeisterschaft. Am Ausgang des Monats kommen die Provinziallandtagsabgeordneten zur Tagung nach Merseburg.

*

** **40jähriges Dienstjubiläum.** Am gestrigen Tage beging der im 74. Lebensjahre stehende bei der hiesigen Regierungskanzlei beschäftigte Herr Emil Auermann in seltener geistiger und körperlicher Rüstigkeit sein 40jähriges Dienstjubiläum. Um 10 Uhr versammelten sich die gesamten Beamten und Angestellten der Kanzlei. Der Kanzlei-Inspektor ehrte den Jubilar in anerkennenden Worten, wußte er doch am besten die Pflichttreue und Unermüdlichkeit im Dienste, wie auch die guten Charaktereigenschaften des alten Herrn „des Seniors der Regierung" nach 21jährigem Zusammenarbeiten am besten zu schätzen. Möge dem Jubilar, der auch Veteran von 1870/71 ist und das Aufblühen und die Not des Vaterlandes kennen lernte, auch das Wiederaufblühen und Erstarken deutscher Einheit mit vergönnt sein.

** **Personalnotiz.** Regierungsrat Dr. Krönig ist für die Dauer seines Hauptamtes bei der hiesigen Regierung zum Mitglied des der Regierung angegliederten Oberversicherungsamtes ernannt worden.

** **Zucker im Mai.** Im Monat Mai werden die Markenabschnitte Mai 1923 A und B mit je einem Pfund Mundzucker beliefert.

** **Deutsche Arbeitskräfte für die Landwirtschaft.** Die Zahl der in diesem Jahre der Landwirtschaft zur Verfügung stehenden ausländischen (polnischen) Arbeitskräfte wird voraussichtlich hinter der des Vorjahres zurückbleiben. Deutsche Kräfte, vor allem Burschen, sind dagegen vorhanden. Es empfiehlt sich deshalb für die Landwirte, möglichst schnell für die Einstellung deutscher Arbeitskräfte zu sorgen. Anträge auf Beschaffung deutscher männlicher und weiblicher Wanderarbeiter für Arbeitsstellen in der Provinz Sachsen und im Freistaat Anhalt nehmen auch in diesem Jahre die zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweise entgegen.

** **Die Reichsbanknoten** zu 50 000 M machen bereits die Hauptmasse des deutschen Papiergeldreichtums aus. Ihr „Wert" beträgt bereits 1661 Milliarden. An zweiter Stelle stehen die Fünftausender mit 1323 Milliarden und an dritter die Tausender mit 1098 Milliarden. Alle übrigen Papiergeldsorten haben die Billion noch nicht erreicht. Zwanzigmarkscheine gibt es nur im Betrage von 176 Millionen.

** **Der Arbeitsunterricht.** Für die Einführung des Arbeitsunterrichts in den Schulen haben die Regierungen der Länder Richtlinien aufgestellt, die nach Möglichkeit durchgeführt werden sollen. Der gesamte Unterricht soll dem Arbeitsgedanken unterstellt werden. Die Arbeit soll am sinnlichen Stoffe als allgemeines Unterrichts- und Erziehungsmittel verwendet werden. Gelegenheit zu planmäßiger Werktätigkeit soll für Schüler und Schülerinnen geschaffen werden. Alle sollen sich an den Arbeiten beteiligen, die sich aus den Bedürfnissen der Schule ergeben. Die Lehrer und Lehrerinnen sollen in die Arbeitsweise eingeführt werden, Beratungsstellen errichtet, das Lern- und Lehrmittelwesen im Sinne des Arbeitsgedankens umgestaltet werden. Nach Möglichkeit sollen diese von Lehrern und Schülern in gemeinschaftlicher Arbeit hergestellt werden. Notwendig sind Arbeitsräume, Werkstätten und Schulgärten. Soweit die Mittel nicht durch die Gemeinschaftsarbeit von Schülern und Lehrern geschaffen werden können, sind neben den Trägern der Schullasten nach Möglichkeit auch private Kreise heranzuziehen.

** **Maiblumen sind giftig!** Maiblumen darf man ja nicht zwischen die Lippen nehmen, denn Stengel, Blätter und Blüten enthalten ein so stark wie Blausäure wirkendes Gift, das Convallamarin. Auch welke Maiblumensträuße werfe man nicht fort, sondern verbrenne sie lieber, weil Vögel, besonders Hühner und Tauben, unfehlbar verenden, wenn sie auch nur daran picken.

** **Scharfe Steigerung der Großhandelspreise.** Der Wiederanstieg der Devisenkurse hat die seit Anfang des Monats beobachtete leichte Aufwärtsbewegung der Großhandelspreise plötzlich verschärft. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts ist die Großhandelsindexziffer von dem 4923fachen des Friedenszustandes am 14. April auf das 5738fache oder um 16,5 Prozent am 25. April gestiegen. Von den Hauptgruppen haben in der gleichen Zeit die Lebensmittel von dem 3694fachen der Vorkriegspreise auf das 4481fache oder um 21,3 Prozent, die Industriestoffe von dem 7221fachen auf das 8089fache oder um 12 Prozent und ferner die Inlandswaren von dem 4568fachen auf das 5141fache oder um 12,5 Prozent und die Einfuhrwaren von dem 6699fachen auf das 8723fache oder um 30,2 Prozent angezogen.

** **Reichstarif im Bankgewerbe.** Die seit langem mit Heftigkeit geführten Auseinandersetzungen über die Teilnahme des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (GDA.) am Reichstarifvertrag für das Bankgewerbe sind im Reichsarbeitsministerium Gegenstand eines besonderen Schiedsgerichtsverfahrens gewesen. Da eine Einigung zwischen den Parteien nicht erzielt werden konnte, wurde folgender Schiedsspruch verkündet: „Die Gehalts- und Arbeitsbedingungen zwischen den dem GDA. angehörigen Bankangestellten und ihren Arbeitgebern sind sinngemäß so zu regeln, wie es dem zurzeit geltenden Reichstarifvertrag für das deutsche Bankgewerbe bestimmt ist. Die hiernach erforderlichen Abänderungen werden den Beteiligten überlassen." Auf Wunsch des Reichsverbandes der Bankleitungen ist eine 10tägige Erklärungsfrist über Annahme oder Ablehnung des Spruches festgesetzt worden, damit der Reichsverband der Bankleitungen die Möglichkeit hat, den Spruch seinen Mitgliedern im gesamten Reiche zur Abstimmung vorzulegen.

** **Geldersatz für nicht geliefertes Umlagegetreide.** Der Preis für ausländischen Weizen, der der Errechnung des Geldersatzes bei nicht rechtzeitiger Erfüllung der Getreideumlage zum Lokaltermin vom 15. März 1923 zugrunde gelegt wird, ist auf Grund der Weltmarktpreise auf 1 050 000 M für 1000 Kilo festgesetzt worden. Nach der gesetzmäßigen Berechnungsweise würde infolgedessen für einen Doppelzentner Getreide 59 250 M Ersatz zu zahlen sein.

** **Der Pfennig als Mark.** Briefmarken der Pfennigwerte gibt es auch ohne das Währungszeichen Pfg. Sie sind in letzter Zeit häufiger als Markwerte zum Freimachen von Briefsendungen benutzt worden, ohne daß die Sendungen mit Nachgebühr belegt worden wären. Die Reichskasse kann so empfindlichen Schaden leiden. Die Reichspost hat deshalb ihre Beamten angehalten, die Sendungen auf ihre Freimachung stets genau zu prüfen und insbesondere auf jenen Irrtum zu achten. — Die Rhein-Ruhr-Hilfe-Marken sind noch vorrätig und an den Schaltern zu haben.

** **Kinderfahrkarten bis zum 14. Lebensjahr?** Die Vereine der Deutschen Demokratischen Partei des Kreises Bitterfeld nahmen gelegentlich ihres Kreisparteitages folgenden Antrag an: Der Kreisparteitag stellt hiermit den Antrag, die Altersgrenze für Fahrpreisermäßigung bei Fahrten auf der Eisenbahn von 12 auf 14 Jahre heraufzusetzen. Begründung: Da das schulpflichtige Alter bis zum 14. Lebensjahre festgesetzt ist, fallen jugendliche Personen dieses Alters unter den Begriff „Schulkinder". Die Ermäßigung des Fahrgeldes auf die Hälfte kann daher als gerechtfertigt gelten. Reichstagsabgeordneter Delius wird den Antrag an geeigneter Stelle vertreten.

** **Der 1. Mai** wurde von den Sozialdemokraten und Kommunisten durch Demonstrationsversammlungen, Umzug und Lustbarkeiten gefeiert. Die Beteiligung war erheblich schwächer wie in früheren Jahren. Die Behörden waren bis auf das Landratsamt in Tätigkeit. Von den großen industriellen Firmen arbeiteten u. a. die Leunawerke. Die Straßenbahn verkehrte fahrplanmäßig. Um 10 Uhr sprach in der Versammlung der VSPD. Reichstagsabgeordneter Düwell, in der KPD. Landtagsabgeordneter Schumann. Hernach formierten sich die Teilnehmer zu Zügen, die von der „Linde" aus gemeinsam durch die Stadt marschierten. Die den Parteien angehörenden Stadträte und Stadtverordneten sowie der Landrat waren im Zuge vertreten, der sich auf dem Marktplatz auflöste.

** **Der erste Spargel** war heute auf dem Wochenmarkte zu haben. Es waren allerdings nur schwach entwickelte Stangen, die zu noch reichlich hohen Preisen abgegeben wurden. Der Verkehr auf dem Markt war trotz des guten Wetters nur gering.

** **Basedow-Straße.** Eine späte Ehrung ist dem früher sehr beliebten Arzt Dr. Basedow zuteil geworden, der vor über einem Menschenalter hier äußerst segensreich wirkte und durch eine Infektion ein Opfer seines Berufes wurde. Die Straße befindet sich in der Rentengutskolonie II (Freienfelde).

** **Die Abendwanderung der Turnerischen Vereinigung** brachte auch diesmal den zahlreichen Teilnehmern volle Befriedigung. Wunderbar marschierte es sich in der herrlichen Maienluft des gestrigen Abends, und beim Gesang froher Turnerlieder erreichte man in knapp einstündiger Wanderung das Ziel Knapendorf. Im freundlichen Gasthaus daselbst verweilten Turner und Turnerinnen bei frohem Gesang und humorgewürzten Vorträgen bis gegen Mitternacht, um dann in der mondhellen, von Blütenduft getränkten Maiennacht den Rückweg anzutreten. Allen Stubenhockern aber seien solche Wanderungen dringend empfohlen, denn diese weiten die Lungen und lassen das Blut frischer durch die Adern rollen. Wie wir hören, will die auch das Wandern pflegende Turnerische Vereinigung noch mehrere solche Wanderungen in die Umgebung unserer Stadt in nächster Zeit folgen lassen.

*

Das Amtsblatt der Stadt Merseburg

enthält in heutiger Ausgabe Bekanntmachungen über Straßenneubenennung, Erweiterung der Lokomotivschuppenanlage, die Entrichtung der Vergnügungssteuer und den Stundenplan der Berufsschulen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230502-10/fragment/page=0002
DFG

Vor einer neuen Kohlenpreiserhöhung?

Das Kohlensyndikat hat nach einer Meldung des „Vorwärts“ beim Reichskohlenrat beantragt, eine Sitzung einzuberufen. Die Sitzung wurde dann auf den 3. Mai festgesetzt. In dieser Sitzung soll die neue Preiserhöhung beschlossen werden, falls die Forderungen der Arbeiter bewilligt werden.

*

Vorauszahlung auf Umsatzsteuer bei pauschalierten Landwirten.

Vom hiesigen Finanzamt wird uns mitgeteilt:

Die den pauschalierten Landwirten, welche für das Kalenderjahr 1922 gemäß § 91 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz von der Aufzeichnungspflicht befreit waren und im Jahre 1921 einen Umsatz von höchstens 40 000 ℳ (nicht etwa 120 000 ℳ) gehabt haben, gewährte Vergünstigung, die zu leistenden Vorauszahlungen auf Umsatzsteuer auf je ¼ des im Vorjahre (also 1921) gezahlten Steuerbetrages zu bemessen, ist in Fortfall gekommen. Der Reichsminister der Finanzen hat in seinem Erlaß vom 11. April 1923 angeordnet, daß nunmehr auch diese Landwirte die volle Vorauszahlung für die in den abgelaufenen Kalendervierteljahren vereinnahmten Entgelte zu zahlen haben. Wir verweisen in dieser Hinsicht auf das im Benehmen mit den landwirtschaftlichen Spitzenverbänden aufgestellte Merkblatt über die Umsatzsteuerpflicht der Landwirte, 2. Auflage F. II Abs. 3, wo es heißt:

„Der Landwirt, der keine Bücher führt, muß für die Voranmeldung die vereinnahmten Entgelte schätzen. Auch der Eigenverbrauch ist für die Voranmeldung zu schätzen. Dieses wird nicht schwer sein, da jeder Landwirt wohl stets im allgemeinen beurteilen kann, welche Erzeugnisse er aus dem Betrieb für seinen Privathaushalt entnommen hat.“

Die Vorauszahlungen sind stets ohne besondere Aufforderung des Finanzamts innerhalb 4 Wochen nach Ablauf eines Kalendervierteljahres an die Finanzkasse zu zahlen, und zwar am günstigsten unter Benutzung der kostenlos übersandten Zahlkarten. Es ist jedoch genau zu beachten, daß auf der Rückseite der Zahlkarte, die gleichzeitig als Voranmeldung dient, der vierteljährliche Umsatz, nach welchem die Vorauszahlung geleistet wird, und die Adresse des Absenders vermerkt wird.

*

Vereine und Versammlungen.

Die Aufnahme von Mitteilungen unter dieser Rubrik erfolgt nur gegen Bezahlung. (Veranügungsanzeigen und dergl. finden an dieser Stelle keine Aufnahme.)

Pfälzerwaldverein. Donnerstag den 3. Mai Vereinsabend Alte Post. Sonntag den 6. Mai Wanderung nach Kösen, Sulza. Abfahrt 5,37 Uhr vorm.

*

Tageskalender.

Mittwoch, 2. Mai.

Theaterverein (XI, XII, X): Maria Magdalena. — Bodelschwing-Film in den Kammerlichtspielen. — Künstler-Konzert im Stadt-Café. — Ball in der Funkenburg. — Versammlung des D. H. V.

Donnerstag, 3. Mai.

Gesellschaftsabend bei Beth. — Hauptversammlung des Vereins ehemaliger 153er.

Täglich:

Konzert bei Beth und im Stadt-Café.

*

Wetterwarte.

V. W. am 3. 5. (Donnerstag): Wolkiges, zeitweise heiteres, in der Temperatur wenig verändertes Wetter, im Norden strichweise etwas Regen, sonst meist trocken. — 4. 5. (Freitag): Teils heiteres, teils wolkiges, tagsüber ziemlich warmes, meist trockenes Wetter.

Neu-Rössen und Zweckverbands-Gemeinden.

× **Neu-Rössen**, 2. Mai. Der außerodentlich rührige Vorstand des Bildungsvereins Neu-Rössen hat am Montag abend seinen Mitgliedern mit einer hervorragenden Darbietung in dem Film „Der Mensch vor 100 000 Jahren“, verfaßt von dem bekannten Prähistoriker Dr. O. Hauser und dem Anthropologen Dr. A. Heilborn, aufgewartet. Dem Film ist das Gewand der Zeitlosigkeit gegeben. Ein Gelehrter, der mit den Augen der Wissenschaft des Lebens Sein und Werden bis in die Uranfänge erschaut, empfängt seinen Famulus, dem er die Weiten seiner Erkenntnis zeigt und beginnt mit dem ersten Teil „Wie der Mensch wird“. Der Entwicklungsgang des Menschen von der Empfängnis bis zur Geburt wird gezeigt. Auch Hemmungen, die dem werdenden Wesen entgegentreten, und Menschenwunder werden dem Beobachter nicht vorenthalten. Im zweiten Teile „Wie der Mensch wurde“ sucht der Gelehrte die Fragen über die Abstammungslehre zu klären. Auch hier beginnt das Leben mit der einfachen Zelle und steigert sich dann über die Entwicklung der Wirbellosen und Wirbeltiere zu den Primaten oder Herrentieren, aus denen der Mensch hervorging. Der dritte Teil führte dann das Werden der Menschenrassen von der Loslösung des denkenden Menschen aus den Banden des Tierlebens bis zu seiner körperlichen und geistigen Vollendung am Schlusse der Eiszeit vor. Die bedeutendsten Funde Hausers in Frankreich, der Homo Mousteriensis Hauseri und der Homo Aurignacensis Hauseri dienten hauptsächlich zur Illustration des großartigen Schauspiels, dessen höchste Steigerung wir heute erleben: Wie der Stern des Menschen aufging; wie die Erde sich mit ihren Ländern und Gewässern, ihren verborgenen und verborgensten Kräften dem geheimnisvollen Wesen anpaßt, das heute aufwächst in tausend ragenden Städten, wie es Höhen abträgt und Täler füllt, in Kanälen und Wehren, Staubecken und Schleusen dem Wasser neue Wege weist, und in Millionen rauchender Schlote die gebundenen Kräfte der Unterwelt hineinzwingt in das große Getriebe. — Zur Erläuterung des Filmwerkes war der Lehrer Pretzien in Merseburg gewonnen. Mit Geschick wußte er seine Ausführungen den Bildern anzupassen, denen er im freien Vortrag über das Neolithikum einen Abschluß gab. Reicher Beifall wurde ihm zuteil.

× **Neu-Rössen**, 2. Mai. Wochenmarktbericht. Der Besuch des Wochenmarktes war sehr gut, auch war sehr reichlich Ware angeliefert. Es kosteten pro Pfund: Schweinefleisch 4800 (5000 bis 5200), Rindfleisch 4000—4400 (3800—5000), Hammelfleisch 3500 (4000 bis 4500), Blut-, Leber-, Knack- und Schwartenwurst 5200 (5600 bis 6200), gehacktes Schweinefleisch 5200 (5800—6000), gehacktes Rindfleisch 4400 (4800—5000), Schinkenspeck 6000 (6800), Tafelbutter 9000 (9000—9400), Margarine 3000 (3500—4000), Landkäse, Stück 250 bis 350 (130—300), Quark 1200 (900), Rotkraut 450 (500), Weißkraut 400 (400), Wirsingkraut 400 (480), Blumenkohl 1600—2500 (1000—2000), Mohrrüben 100 (120—130), Kohlrabi 100 (100—150), Zwiebeln 40 bis 50 (50—80), Sellerie 60 (40—80), Äpfel 500—700 (600), Kartoffeln 400 (—), Kopfsalat 250 (250—300), Spinat 180 (200). — Die Preise von Merseburg vom gleichen Tage sind zum Vergleich in Klammern beigefügt.

§ **Schkeuditz**, 2. Mai. Die Fahrgeschwindigkeit der Kraftfahrzeuge, deren Gesamtgewicht 5½ Tonnen übersteigt, darf innerhalb der bebauten Ortsteile unserer Stadt 10 Kilometer in der Stunde nicht überschreiten. Zuwiderhandlungen gegen diese vom Regierungspräsidenten erlassene Anordnung werden mit Geldstrafe bis zu 1500 ℳ oder mit entsprechender Haft bestraft.

Mücheln und Umgegend.

‡ **Mücheln**, 2. Mai. Schöffengericht. Der Arbeiter M. B. in L. war wegen Übertretung in eine Polizeistrafe von 300 ℳ genommen, sein hiergegen eingelegter Einspruch war von Erfolg, er wurde freigesprochen. — Der Arbeiter A. R. in W. wird wegen Jagdvergehens zu 20 000 ℳ Geldstrafe, hilfsweise zu zwei Wochen Gefängnis kostenpflichtig verurteilt. — Der Fleischerlehrling F. R. in Kämmeritz wird wegen fahrlässiger Tötung seines Bruders zu 1 Monat Gefängnis kostenpflichtig verurteilt. Dem Angeklagten wird eine Bewährungsfrist von 3 Jahren zugebilligt, weil er die Tat nur aus Leichtsinn begangen hat und zu erwarten steht, daß er sich während der Bewährungsfrist gut führt. — Der Schlosser E. W., zurzeit in Mücheln im Gerichtsgefängnis, wird wegen Postraubs und Vergehens gegen § 163 der Verordnung vom 13. Januar 1919 zu insgesamt 13 Monaten Gefängnis kostenpflichtig verurteilt. Die erlittene Untersuchungshaft wird angerechnet. — Der Arbeiter W. H. in N. wird wegen Diebstahls und Hehlerei zu je 20 000 Mark Geldstrafe anstelle der verwirkten Gefängnisstrafe von vier Wochen und 1 Woche; der Arbeiter J. O. in W. wird wegen Diebstahls mit 50 000 ℳ Geldstrafe anstelle der verwirkten Strafe von 1 Monat Gefängnis kostenpflichtig verurteilt. — Der Bergarbeiter W. K., zurzeit im Zuchthaus Untermaßfeld wird wegen schweren Diebstahls im wiederholten Rückfall und Unterschlagung zu insgesamt 3½ Jahren Zuchthaus kostenpflichtig verurteilt. K. ist wegen Raubmordes zum Tode vorbestraft, aber zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

‡ **Mücheln**, 2. Mai. Die Fahrgeschwindigkeit der Kraftfahrzeuge, deren Gesamtgewicht 5½ Tonnen übersteigt, darf innerhalb der bebauten Ortsteile unserer Stadt 10 Kilometer in der Stunde nicht übersteigen. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung des Regierungspräsidenten werden bestraft.

‡ **Wiehe**, 2. Mai. In vergangener Woche hat eine Frau aus Bucha ihr sieben Monate altes Kind in der Nähe von Memleben in die Unstrut geworfen und dasselbe, obgleich es mehrere Male hochgekommen ist und geschrien hat, kalten Herzens ertrinken lassen. Später hat sich bei ihr aber doch die Reue eingestellt, sie ist nach Wiehe gegangen und hat sich dort dem Gericht gestellt. Die Frau wurde in Haft behalten.

Das Wohnbauproblem in Mitteldeutschland.

Bau von Kleinwohnungen. — Die Not im Kreise Merseburg.

† **Halle.** Auf Einladung des Oberpräsidenten Hörsing hatten sich am Montag im Reform-Realgymnasium Vertreter der zuständigen Ministerien, die preußische Zentralgenossenschaftskasse, die Landespfandbriefanstalt, der Reichsverband der Wohnungsfürsorge-Gesellschaften, die Zentralverbände der Baugenossenschaften, sämtliche Reichs-, Staats- und Provinzialbehörden in der Provinz, die Landräte, die größeren Städte, die provinziellen Geldinstitute, die Wohnungsfürsorge-Gesellschaft der Provinz, die Siedlungsgesellschaften usw. versammelt, um über die

Fortführung des Wohnungsbaues in der Porvinz Sachsen

zu beraten. Nach der Begrüßung sprach Regierungsbaumeister a. D. Knoblauch (Mitteldeutsche Heimstätte) über die Finanzierung des Wohnungsbaues. Wir stehen gegenwärtig in der schwersten Krise des Wohnungsbaues. Die bisherigen Mittel genügen nicht mehr. Die Rückkehr zur Wirtschaft im Wohnungsbau ist schon deshalb nicht möglich, weil das Kapital dazu fehlt, auch würde ein Kampf um die Wohnungen einsetzen, der zu schweren inneren Wirren führen würde. Die gegenwärtige Politik des Volkswohlfahrtsministeriums ist die richtige. Aber noch wenden sich Höchstmietengesetz und Abgabegesetz zu sehr an die Mieter, zu wenig an Haus und Wohnung. Der Redner erblickt in den sozialen Bestimmungen eine Beeinträchtigung des Ertrages. Gewiß sind die sozial Schlechtergestellten zu unterstützen, aber nicht in diesen Zusammenhängen, sondern aus besonderen Einrichtungen. Die Baukosten einer Wohnung von 30 Millionen erfordern Zuschüsse von 5—6 Millionen Mark. Ein Vorschlag ist aufgetaucht, Zuschläge zu den Gehalts- und Lohnsummen zu erheben, die in Form von Steuermarken gewährt werden. Der rentierliche Wert hat 1919 ein Drittel der Bausumme betragen; er ist immer weniger geworden und bald auf einem Hundertstel angelangt. Die erforderlichen Zuschußmillionen durch Anleihen aus Sparkassen usw. aufzubringen, ist nicht möglich. Darum ist die Einrichtung von wertbeständigen Anleihen erwünscht und notwendig. Die Jugendlichen sind stärker zur Wohnbauabgabe heranzuziehen, aber auch die Bezirke, in denen keine Wohnungsnot besteht. Die schwere Krise erfordert sofortige Hilfe. Die in Aussicht gestellten Reichsdarlehen müssen sofort gewährt werden. Die Arbeitslosigkeit wächst sich zur Gefahr aus, besonders im mitteldeutschen Bezirk.

Der Redner faßte seine Ausführungen in folgende

Entschließung

zusammen:

1. Der Wohnungsbau auf rentierlicher Grundlage ist zurzeit nicht durchführbar. Die Bezuschussung aus öffentlichen Mitteln ist nicht zu entbehren.
2. Die Zwecksteuer für die Aufbringung der öffentlichen Zuschüsse (Wohnungsbauabgabe) ist in hinreichender Weise auszubauen.
3. Die Pflicht der Arbeitgeber, zur Ergänzung der öffentlichen Mittel beizutragen, muß auf neuer gesetzlicher Grundlage sichergestellt werden. In Frage kommt ein vom Arbeitgeber zu entrichtender Zuschlag zur Gehalts- und Lohnsumme.
4. Der Wohnungsinhaber muß wieder in ausreichendem Maße an der Aufbringung der Mittel teilnehmen. Die rentierlichen Werte sind entsprechend hoch festzusetzen. Die Heranziehung des zur Deckung der rentierlichen Werte notwendigen Kapitals erscheint nur möglich durch Schaffung wertbeständiger Beleihungen.
5. Es ist erforderlich, daß sämtliche Zuschüsse bei Baubeginn in ausreichender Höhe rechtzeitig bereitstehen, damit die Gesamtfinanzierung gesichert erscheint.
6. Das bisherige Zuschußverfahren ist zu kompliziert und wirkt verteuernd. Seine Vereinfachung muß dringend gefordert werden.

Hierauf nahm Staatssekretär Scheidt aus dem Volkswohlfahrtsministerium das Wort. Der Staat muß und wird bauen. Kein Bauarbeiter darf in dieser bauhungrigen Zeit arbeitslos sein. Die bisher verfolgte Politik muß weiter getrieben werden. Die Reichsregierung hat sich mit weitgehendem Entgegenkommen für das Bauproblem eingesetzt. Der Redner erwartete von den Städten, daß sie auch ihrerseits bauen. Die Städte müssen zur Wohnbauabgabe beträchtliche Zuschüsse erheben. Köln z. B. hat 20 000 Prozent Zuschlag beschlossen; die Stadt hatte sogar 30 000 Prozent vorgeschlagen. Durch den Ausbau des vielumstrittenen § 9a des Kommunalabgabengesetzes können weitere Geldquellen geschaffen werden. Die wertbeständigen Anleihen ferner bieten eine erfolgversprechende Handhabe. Im Ministerium wird gegenwärtig das Problem erwogen, welche Mittel zweckdienlich sind. Denn die Frage ist nicht so einfach zu beantworten, welcher Wertmesser verwendbar ist. Ein Erfolg der Vorarbeiten steht in Aussicht; freilich ist er nicht von heute auf morgen zu erwarten. Wir brauchen aber schnelle Hilfe. Ein Weg der Hilfe, der sofort beschritten werden kann, ist die Sparsamkeit. Der Bau einer 70 Quadratmeter-Wohnung erfordert 30 Millionen Mark (im Ministerium sind sogar 35 Millionen aufgenommen). Wir müssen in Zukunft zwar so bauen, daß die sanitären Anforderungen erfüllt sind; aber Beschränkung im Wohnraum ist die nächsten Jahre dringend geboten. Eine kleine Wohnung ist besser als gar keine. Die Höhe der Baukosten lassen uns kleine Wohnungen als zweckmäßig erscheinen. Wir müssen heruntergehen in der

Ausdehnung der Wohnnungen auf 50 bis 60 Quadratmeter.

Wer größere Wohnungen haben will, muß natürlich die höheren Kosten bezahlen. Auch die Höhe der Zimmer verträgt eine Beschränkung. Wir müssen eine untere Grenze finden. Der Komfort ist einzuschränken. Der Einbau eines Badezimmers kostet 1,25 Millionen Mark. Bei ländlichen Bauten kann an Kellern gespart werden. Scharf zu bekämpfen ist der Baustoffwucher. Ein Senken der Baustoffpreise ist durch Maßnahmen der Wohnungsfürsorge-Gesellschaften zu erwarten. Die Reichshilfe kann nur dann wirksam gewährt werden, wenn eine regelmäßig fließende Quelle für Zuschüsse vorhanden ist. Sie kann geschaffen werden durch Erhöhung der Abgabe, durch kommunale Zuschläge und durch schnelle Zuführung. Die westlichen Städte gehen in der Zuschlagpolitik mit gutem Beispiel voran.

Die Aussprache eröffnete Landrat Guske-Merseburg, der an die Worte des Staatssekretärs anknüpfte und darauf hinwies, daß ein Vergleich mit den westlichen Bezirken nicht am Platze ist. Der Kreis Merseburg hat seit 1914 eine Zunahme von 300 000 Einwohnern zu verzeichnen. 80 000 bis 90 000 davon sind gewerblich tätige. Gebaut sind in dieser Zeit 11 250 neue Wohnungen. Er richtete den Wunsch an den Staatssekretär, den Verhältnissen im Kreise Merseburg schärferes Augenmerk zu schenken.

In der weiteren Aussprache wies der Direktor des Landesarbeitsamtes Lüttgens-Magdeburg darauf hin, daß die

Industrialisierung des mitteldeutschen Gebietes noch nicht abgeschlossen

ist. Der Aktionsradius der Beschäftigten Leunas reicht bis über Weimar hinaus; durch die großen Entfernungen geht produktive Kraft verloren. Die winterlichen Instandsetzungsarbeiten zur Erhaltung der Altwohnungen müssen auch im Sommer fortgesetzt werden. Die produktive Erwerbslosenfürsorge ist nutzbar zu machen.

Nach längerer lebhafter Debatte ging der Staatssekretär Scheidt auf die Anregungen und Kritiken der einzelnen Redner ein; den Gedanken, die Zuschläge städteweise zu erheben, hielt er nicht für durchführbar, weil dann die Zuschläge auch wieder in den gleichen Städten verwendet werden müßten. Und gerade der mitteldeutsche Bezirk bedarf doch mehr Zuschüsse, als er selber aufbringen kann. Oberpräsident Hörsing schloß darauf die Sitzung.

Für Rhein und Ruhr!

Eine offene Hand hilft mehr
Als tausend Worte.

In unserer Geschäftsstelle gingen ferner ein: Alfons Badura, Leipzig-Stötteritz 20 000 ℳ; G. B. Rössen 1000 ℳ; Hochzeitsfeier Gärdes-Hoffmann, Netzschkau 77 000 ℳ.

Vortrag: 5 007 420 ℳ. **Gesamtsumme: 5 105 420 ℳ.**

Lauchstädt und Schafstädt.

⊙ **Lauchstädt**, 2. Mai. Einen schlechten Anblick gewährt die Umfassungsmauer des der Stadt gehörigen Grundstückes Parkstraße 82. Die aus Ziegelsteinen bestehende Umfassungsmauer ist zum Teil eingestürzt. Es erscheint angebracht, sie ganz niederzulegen, um das verwüstete Bild zu verwischen, denn zum Aufbau gehört heute viel Geld.

⊙ **Lauchstädt**, 2. Mai. Mit dem gestrigen Tage tritt in der Bewirtschaftung des hiesigen Bade-Restaurants insofern eine Änderung ein, als der bisherige Sozius Richter ausscheidet und Herr Heinold-Leipzig als Geschäftsführer den gesamten Betrieb führt. Geschäftsinhaber ist Herr Dr. Lauterbach.

⊙ **Lauchstädt**, 2. Mai. Am Sonntag beging die Schützengilde Giebichenstein die Feier ihres 75 jährigen Bestehens, zu welcher Feier auch der hiesige Bürger-Jägerverein in Stärke von 10 Mann mit Fahne vertreten war. Der imposante Festzug, der wohl an Zusammenstellung und malerischer Tracht kaum zu überbieten sein dürfte, war wohl der Hauptteil des Festes. Im Festzug selbst waren 28 Vereine mit ihren Fahnen vertreten.

Devisenkurse.

mittags 1 Uhr	2. 5. 23 Mark (Geld)	30. 4. 23. Mark (Geld)
1 holländischer Gulden	12300	11715
1 belgischer Frank	1850	1765
1 norwegische Krone	5410	5155
1 dänische Krone	5920	5640
1 schwedische Krone	8415	8010
1 italienischer Lire	1550	1475
1 Pfund Sterling	145900	138950
1 Dollar	**31500**	**30000**
1 französischer Frank	2135	2035
1 Schweizer Frank	5725	5455
1 tschechische Krone	940	890
100 polnische Mark	66¼	63

Tendenz: ruhig.

⊙ **Lauchstädt**, 2. Mai. Am letzten Mittwoch hielt der hiesige Hausbesitzerverein seine diesjährige Generalversammlung ab. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt und setzt sich wie folgt zusammen: Justizobersekretär Roemer 1. Vorsitzender, Bezirksschornsteinfegermeister Wandt 2. Vorsitzender, Schuhmachermeister Hentschel Kassierer, Kaufmann Greythner und Elektrotechniker Schulz Beisitzer. Als Redner für den Abend war Bäckermeister Freiberger-Merseburg gewonnen, der jedoch nicht erschienen war. An dessen Stelle hielt der 2. Vorsitzende Bezirksschornsteinfegermeister Wandt einen Vortrag über „Wohnungswesen und Mieteinigungsamt“, welche Ausführungen beifällig aufgenommen wurden. Es wurde noch Klage darüber geführt, daß die Autos in rasendem Tempo die Stadt durchfahren und hier unbedingt Abhilfe geschaffen werden müßte.

⊙ **Lauchstädt**, 2. Mai. Am 13. Mai findet in Bad Sachsa die Tagung der Sanitätskolonnen der Provinz Sachsen statt, an welcher sämtliche zugehörige Kolonnen teilnehmen werden. Auch die hiesige Sanitätskolonne wird stark vertreten sein, wie überhaupt eine starke Beteiligung zu erwarten ist. Die Kolonnen sammeln sich am 12. Mai in Halle und fahren gemeinschaftlich mit dem Zuge 8,42 Uhr vorm. nach dem Tagungsort weiter.

⊙ **Lauchstädt**, 2. Mai. Der 1. Mai wurde hierselbst durch einen Ball am Abend gefeiert. Andere Veranstaltungen fanden nicht statt.

⊙ **Groß-Gräfendorf**, 2. Mai. Ein schönes Exemplar von einem Iltis fing der Hund des Schmiedemeisters Weimann in der Flur.

⊙ **Klein-Gräfendorf**, 2. Mai. Unser Dorf ist in letzter Zeit von Einbrechern und lichtscheuem Gesindel wiederholt heimgesucht worden. Es sind erst kaum ein paar Tage her, daß bei dem Gutsbesitzer Hempel ein wertvoller Treibriemen gestohlen wurde, und schon wieder ist von einem neuen Einbruch zu berichten. In der Nacht zum Sonntag drangen, wie schon kurz gemeldet, Diebe in die Kellerräume des Gutsbesitzers Artur Fuß und entwendeten 9 Brote, Eier, mehrere Büchsen eingekochtes Geschlachtetes, wie auch eine Büchse Bohnen. Sie wischen, aber dieser war fest verschlossen. Der Besitzer, der mit seiner Wagenachse, die sie vom Wagen abnahmen, schlugen sie die Eisenstäbe vor dem Kellerfenster aus dem Gestein und verschafften sich so Einlaß. Auch im Hammelstall glaubten sie noch einen fetten Braten zu erwischen, aber dieserwar fest verschlossen. Der Besitzer, der mit seiner Frau abwesend war, merkte den Diebstahl erst am anderen Morgen. Auf dieses Gehöft scheinen es die Einbrecher abgesehen zu haben, denn in diesem Jahre ist dieses schon der fünfte nächtliche Besuch, meist mit entwendeter reicher Beute. Über die Täter fehlen bis jetzt irgendwelche Anhaltspunkte, aber es scheinen doch immer dieselben zu sein, die mit den örtlichen Verhältnissen vertraut sind und wußten, daß niemand von den Hauseigentümern zu Hause war. Vielleicht ereilt die Einbrecher doch noch einmal das Schicksal.

⊙ **Netzschkau**, 2. Mai. Nachahmenswert! Gelegentlich der Hochzeitsfeier Gärdes-Hoffmann in Netzschkau wurden am 28. April im dortigen Gasthofe 77 000 ℳ für unsere kämpfenden Brüder im Rhein- und Ruhrgebiet und im Westfalenland gespendet.

Kunst — Literatur — Wissenschaft.

§ **Telegramme und Ehrenspenden für Arno Holz.** Der Reichspräsident Ebert hat dem Dichter zu seinem 60. Geburtstag mit einer Ehrengabe von einer halben Million ein sehr herzliches Glückwunschtelegramm gesandt: „. . . Das deutsche Volk verehrt in Ihnen einen seiner stärksten künstlerischen Gestalter. Unsere schöne deutsche Muttersprache war Ihnen das unerschöpfliche Mittel für Ihre unvergleichliche Gestaltungskraft, das Werkzeug für die Schaffung der neuen und kühnen Formen, um die Sie die deutsche Dichtkunst bereichert haben.“ — Der preußische Ministerpräsident Braun sandte die Spende von einer Million: „Dem einzigartigen Dichter aufrüttelnder sozialer Form und Kampflieder, dem Bahnbrecher neuer dichterischer Ausdruckswege, dem kernigen ostpreußischen Landsmann.“ — Der Magistrat der Reichshauptstadt (mit 25 Flaschen altem Ratswein): „Aus Ostpreußen schon früh zu uns gekommen, haben Sie noch als Jüngling die Bilder und Stimmungen der werdenden Weltstadt in Ihren Gedichten festgehalten und die Stadt Berlin, vor allem auch Berliner Arbeit und Berliner Not, in Ihren Versen gespiegelt.“

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230502-10/fragment/page=0003
DFG

Vermischte Nachrichten.

Doppelmord und Selbstmord.

Liegnitz. Sonntag abend überraschte der Stoffwarenhändler Becker in seiner Wohnung zwei Einbrecher. Der eine schoß Becker sofort nieder und tötete mit einem zweiten Schuß den zu Hilfe eilenden Gastwirt Starklopf. Dann ergriff er die Flucht, tötete sich aber, als er sich gestellt sah, durch einen Kopfschuß. Der zweite Einbrecher entkam.

Luftlinie London—Berlin.

Der von der Deutschen Aeronaut-A.-G. gemeinsam mit der Daimler Air Ltd. zu betreibende Flugverkehr London—Berlin über Amsterdam, Bremen und Hamburg wurde Montag eröffnet. Das erste Flugzeug, ein achtsitziges Kabinenflugzeug, ist Montag nachmittag 7 Uhr 45 Min. auf dem Flugplatz des Deutschen Aeronaut in Staaken mit fünf Passagieren gelandet, nachdem es um 10 Uhr 3 Min. von London abgeflogen war. Der Rückflug erfolgte gestern früh von Berlin.

* **Die „Buddenbrocks" mit Musik.** Klaus Pringsheim, der Kapellmeister des Deutschen Theaters, verfaßt für den Deo-Großfilm „Buddenbrocks", nach dem gleichnamigen Roman von Thomas Mann (Manuskript von Alfred Below und Luise Heildorn-Kördij) eine eigene Musik. Es handelt sich in diesem Falle nicht um eine aus bekannten Musikstücken zusammengesetzte Begleitmusik, sondern um eigene Komposition, die Pringsheim auf Grund seiner bei den Aufnahmen empfangenen Eindrücke schreibt.

* **Wenn man zu heiße Speisen ißt.** Manche Leute können sehr heiße Speisen essen, und es schadet ihnen offenbar nicht. Im allgemeinen warnt man aber mit Recht davor. Ein Arzt, Dr. Helfer, veröffentlichte vor kurzem eine Statistik, daß in 93 bis 98 Prozent die Entstehung von Magengeschwüren durch das hastige Essen zu heißer Speisen erklärt werden könne. Zur Bestätigung seiner Ansicht hat er die Speisen gemessen, die auf den Tisch kommen. So zeigte der Tee in der Teekanne im Winter 70—75 Grad Celsius, in die kalte Schale gegossen noch immer mehr als 60 Grad, eine bis drei Minuten später noch mehr als 50 Grad. Die Suppe im Suppentopf maß 70—85 Grad, auf dem Teller 60 bis 80 Grad; heiße Gemüse zeigten 63—76 Grad. Im Sommer sind die Temperaturen noch etwas höher. Diese Temperaturen sind schon imstande, die Magenschleimhäute zu schädigen, kleine Bläschen und Schleimhautverletzungen zu erzeugen, aus denen dann Geschwüre werden, zumal wenn sie immer aufs neue durch zu heiße Speisen gereizt werden.

* **Wer liefert — Namen?** Im Böhmerwalde gibt es eine Reihe deutscher Ortschaften, für die trotz Ablaufs von bald fünf Jahren tschechoslowakischer Staatlichkeit noch niemand passende tschechische Bezeichnungen erfunden, oder, wie „Narodni Listy" klagen, gefunden hat. Vielleicht schreibt die Regierung, um diesem Uebelstande abzuhelfen, einen Konkurs mit Preisen aus. An Bewerbern wird es gewiß nicht fehlen, nur soll man bei der Taufe etwas vorsichtiger sein als man etwa im Falle „Spindelmühle" war. Dieser Ort wurde dreimal und derart getauft, daß selbst der verläßlichste Tschecho nicht mehr weiß, wie das Dörfchen eigentlich heißt.

Gerichtsverhandlungen.

Strafkammer Halle.

Wegen Sittlichkeitsverbrechen

in 3 Fällen, begangen an Schulkindern, wurde der Polizeioberwachtmeister Wilhelm Selle in Merseburg unter Zubilligung mildernder Umstände zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Schwurgericht Halle.

Wegen versuchter Notzucht in zwei Fällen wurde der 33jährige Bergmann Gotthelf Kain aus Klostermansfeld zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Leitung: Franz Röhner.
Verantwortlich: Dr. phil. Siegfried Berger für den politischen Teil, Kunst und Literatur; Franz Gomm für Provinz, lokales, Volkswirtschaft, Vermischtes und Sport; Kurt Röhner für den Anzeigen- und Reklameteil, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Rhmes, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Str. 53.
Druck und Verlag der Firma Th. Röhner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Anzeigen.
Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Junger Regierungsbeamter sucht zu sofort oder später **möbl. Zimmer.** Werte Angebote unter 1293 an die Exp. d. Bl. erbeten.

Bessere, junge Dame (berufstätig) sucht sofort **möbl. Zimmer,** evtl. Nähe Neumarkt. Ang. unter 1292 an die Exp. d. Bl.

Verkäuferin sucht möbliertes Zimmer. Angebote bitte abzugeben Fa. Taina, Markt.

Junges, kinderloses Ehepaar sucht sofort od. später **möbl. Zimmer** mit Kochgelegenheit. Ang. unt. 1288 a. d. Exped.

1 bis 2 kleine Zimmer gegen Belohnung zu mieten gesucht. Angebote unter 1295 an die Exped. d. Bl

Wer leiht jung. Ehepaar **300 000 M. auf 1½ Mon.** Ang. unt. 1280 a. d. Exp.

Eisschrank zu kaufen gesucht. Ang. u. 1291 an die Exped. d. Bl.

Sofa-Umbau mit oder ohne Plüschgarnitur zu kaufen gesucht. Angeb. unter 1271 a. d. Exp. d. Bl.

Tennisschläger zu kauf. ges. Ang. m. Preis unter 1290 a. d. Exp. d. Bl.

Tennisschläger (gebraucht) zu kauf. gesucht. Ang. m. Pr. u. 1294 a. d. Exp.

Blauer Kammgarn-Cheviot (passend zu Damenkostüm) zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Schwarze Lederhose guterh., zu verkaufen. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

1 Paar weiße Stiff-Spangenhalbschuh, Gr. 37, wie neu, zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Ein Paar fast neue schw. **Damen-Halbschuhe** (Gr. 36) sehr preisw. zu verkauf. Luisenstr. 16, 1. Etg.

2 Kleiderschränke verkauft billigst Domstr. 11.

Für die uns zu unserer **Vermählung** erwiesenen Gratulationen und Geschenke sagen wir hierdurch allen unsern Freunden und Bekannten unsern

herzlichsten Dank.

Walter Erbert u. Frau
Martha geb. Schröter.
Kötzschen, im Mai 1923.

Montag abend 10½ Uhr verschied sanft nach langer Krankheit unser lieber unvergeßlicher Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Kurt Körner

in seinem 22. Lebensjahre.

In tiefer Trauer
Familie August Körner nebst Angehörigen.
Merseburg, den 2. Mai 1923.
Mühlberg 6.

Die Beerdigung findet Freitag nachm. 4 Uhr vom städt. Krankenhause aus statt.

Ein neuer Tisch (700×1000) ist zu verkaufen. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Einf. Tisch u. Schrank, 210×150×40, f. Kleider u. Wäsche oder Bücher zu verk. Hallesche Str. 39, p.

Chaiselongues, Auf.-ege-Matratzen, Holz-Metall- und Federbetten, Tische, Stühle preiswert z. verkauf. Evt. Zahlungserleichterung. Gr. Ritterstraße 1. Laden

Gut erhaltener, gr. **Kinderwagen** zu verk. Hirtenstr. 3, 3 Tr.

Ein Kinderwagen zu verkaufen. Zu erfragen Brauhausstraße 3, 2 Tr.

Ein mittl., frommes überzähl. **Arbeits-Pferd** zu verkaufen Schafstädt. Halleische Str. 98

Gebrauchte Nähmaschine zu verkaufen. Zu erfragen i. d. Exp. d. Bl

Jagd-Hündin 8 Monate alt, zu verkaufen Gemüsebau Rischmühle.

Neumilchende **Schweizerziege** zu verkauf. Köschen 20.

Kleine Anzeigen haben den besten Erfolg im Merseba. Korrespondent.

Suche für meine Tochter (14 Jahr) **Stellung bei Kinder.** Bismarckstraße 36.

Fahrräder
Motorräder (leichte u. schwere)
Nähmaschinen
Wringmaschinen
Fahrradbereifungen
sowie
sämtliche Zubehörteile
Benzin /·/ Oele /·/ Fette
bezieht man am besten bei
Gustav Engel Söhne
Merseburg — Groß-Kayna.

Mechanische Reparaturwerkstatt für alle vorkommenden Arbeiten.

Preßsteine!
beste Luckenauer, jetzt eintreffend empfiehlt
Eduard Klauß, Windberg 3.

Erhöhte Preise!
erhalten Sie nach wie vor für:
Lumpen · Knochen · Eisen · Papier
Bücher · Weinflasch. · Felle
Altmetalle usw.
nur bei
W. Prophet, Nulpadtstraße 6. Telephon Nr. 685.
Ankaufsstelle:
4 Johannisstraße 4
Grundstück Fr. Bönisch.
Bestellungen werden kostenlos abgeholt.

Ich spreche hiermit dem Heilmagnetiseur Herrn Otto Wiesel, Gr. Ritterstr. 2, meinen herzlichsten **Dank** für die schnelle Heilg. meines seit 24 Jahren bestehenden Nervenleidens aus.
Karl Rauschenbach, Saalstraße 5.

Div. Staudengewächse Goldlack, Nelken, Stiefmütterchen im schönsten Flor, verkauft zu weit herabgesetzt. Preisen. Ab Sonnabend **Kopf-Salat** Gemüsebau Rischmühle.

Tivoli Freitag, den 4. Mai, Anf. pünktl. ½ 8 Uhr die berühmten **Leipziger Krystallpalast-Sänger** Neues Programm. Tränen muß man lachen. Vorverkauf bei Neutzsch, Tiefer Keller 4.

Stadt-Café.
Heute sowie täglich **Konzert!**

Hallesches Kunstleben.
Stadttheater
Mittwoch, 2. Mai, 7½ Uhr Die Königin von Saba.
Donnerstag, 3. Mai, 7½ Uhr. Das vierte Gebot.
Freitag, 4. Mai, 7½ Uhr Die Königin von Saba.
Sonnabend, 5. Mai, 7½ Uhr. Wenn Liebe erwacht.
Sonntag, 6. Mai, 3 Uhr Unbestimmt.
Sonntag, 6. Mai, 7½ Uhr Robert und Bertram
Montag, 7. Mai, 7½ Uhr Das vierte Gebot.

Verein ehem. 153er. Donnerstag, den 3. Mai abends pünktlich 8 Uhr **Hauptversammlg.** im Kyffhäuser.

Beth's Gesellschaftshaus Im Café täglich **Konzert** d. beliebt. Hauskapelle
Donnerstag: **Gesellschafts-Abend.**

Kleine Anzeigen haben den besten Erfolg im Merseba. Korrespondent. (Nebenausg. Schafstd. Ztg.)

CONTINENTAL
Alleinverkauf für Merseburg und Umgegend:
Richard Lots, Merseburg
Burgstraße 7 Fernsprecher 20
Büro-Bedarf - Kontormöbel - Büromaschinen
Eigene Reparatur-Werkstatt

Beschäftigung f. schulentlassenen Jungen gesucht. Ang. unter 1296 a. d. Exp.

Jüngerer **Bäcker-Geselle!** z. sofortigen Antritt gesucht Hallesche Straße 27.

Einen jüngeren Arbeiter sucht A. Frank, Burostraße 3.

Lehrling welcher Masch.-Meister an Tütenmaschinen werden will, sucht Arthur Kornacker, Papierwaren-Fabrik.

Schneiderin ins Haus gesucht. Zu erfragen in der Exped. d. Bl

Fleißiges, kinderl. älteres **Mädchen** bei hoh. Lohn per sof. ges. Frau Dr. Koppe, Neu-Rössen, Mittelstr. 23.

Wegen Verheiratung des jetzigen suche ein ehrliches, fleißiges, jüngeres Mädchen zum 15. Mai. Frau Dr. Krauß, Neu-Rössen, Mittelstraße 28 a.

Aufwartung für einige Std. vorm. ges. Schmale Str. 4, 1 Tr. links.

Erkannt! ist derjenige Herr, welcher heute am Schluß der Maifeier den Regenpummelmantel irrtümlicherweise an sich genommen hat und wird gebeten, ihn in der Garderobe des Restaurants „Funkenburg" abzugeben. Der Wirt

Roter Puppen-Sport-Wagen m. Puppe von 2jähr. Knaben **stehen gelassen** oder von größeren Kindern abgenommen worden. Bitte gegen Belohnung abzugeben Clobikauer Str. 14

HAPAG
HAMBURG-AMERIKA LINIE
GEMEINSAME DIENST MIT DER UNITED AMERICAN LINES INC
Nach NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA
AFRIKA, OSTASIEN USW.
Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Rauchsaal. Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer
Etwa wöchentliche Abfahrten von HAMBURG NACH NEW YORK
Reise-Auskünfte und Drucksachen durch HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG und deren Vertreter in:
Halle a. d. S., Georg Schultze Bernburgerstrasse 32
Frachtauskünfte erteilt das Schiffsfrachtenkontor G. m. b. H. Magdeburg, Staatsbürgerplatz 12.

4 Ausnahmetage 4
veranstalte ich von
Mittwoch, den 2., bis einschl. Sonnabend, den 5. d. M.,
und zahle für
Lumpen, Knochen, Eisen, Papier, Alt-Metalle, Felle und Schafwolle
staunend hohe Preise!
Ueberzeugen Sie sich selbst!
11 Gr. Sixtistr. 11
Aug. Ackermann.
N. B. Grösseres Quantum **Putzlappen** abzugeben.
Händler Extra-Preise!

Probiert alles und behaltet das Beste!
Ich suche für den Vertrieb meiner weltbekannten Sondermarken einen bei der einschlägigen Kundschaft bestens eingeführten
VERTRETER
Es wollen sich nur Herren mit nachweisbaren Erfolgen und besten Empfehlungen aus den in Frage kommenden Kundenkreisen melden.
EGON BRAUN
Weinbrennereien u. Edelliköfabriken
HAMBURG 5

Zimmerleute und Arbeiter werden eingestellt
Neubau Magazin-Gebäude Hallesche Pfännerschaft
Braunsdorf.
Zu melden Montag, den 7. Mai 1923.
Wayß & Freytag.

Seife! Vertreter! Seife! überall gesucht, auch Damen, bei der Land-, Privat- und Industrie-Kundschaft gut eingeführt. Gefl. Angebote u. L H 310 an Rudolf Mosse, Leipzig.

Damen-Uhr m. Lederarmband (Andenk.) a. d. Wege n. Schützenhs. u. d. Feldschlößchen am 26. 4. verloren. Ehrl. Find. w. geb. bezw. gegen hohe Belohn. abgg. Karlstr. 19, 2 Tr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230502-10/fragment/page=0004

Das Türkenspiel.

Die Welt ist rund und muß sich drehen . . . An den Refrain dieses alten Studentenliedes fühlt man sich erinnert angesichts des drohenden türkisch-griechischen Konfliktes, wenn man beobachtet, welch merkwürdige Wandlung seit Beginn des türkisch-griechischen Krieges das Verhältnis Englands und Frankreichs zu diesen beiden Staaten durchgemacht hat. Eine Wandlung, die eine verzweifelte Ähnlichkeit hat mit dem Kinderspiel „Verwechselt, verwechselt das Bäumchen". Als der türkisch-griechische Krieg ausbrach, war es ein offenes Geheimnis, daß es sich in Wirklichkeit um einen französisch-englischen Konflikt handelte, in dem diese beiden europäischen Großmächte es mit Geschick verstanden hatten, die nationalen Leidenschaften der beiden Orientstaaten gegeneinander auszuspielen und sie ihren eigenen Interessen dienstbar zu machen. Frankreich macht nicht einmal ein besonderes Geheimnis daraus, daß es sich als Schutzherr der Türken fühlte, und unterstützte sie denn auch reichlich mit Waffen und Munition. England war nicht minder geschäftseifrig auf der Gegenseite, und so standen sich im vollsten Sinne des Wortes französische und englische Waffen in blutigem Ringen gegenüber, dieweil in Europa Frankreich und England ein Herz und eine Seele waren gegen Teutschland. Allein, wandelbar wie das Kriegsglück nun einmal ist, zeigte es sich am Ende, nachdem Griechenland zweimal die türkischen Heere über den Haufen gerannt zu haben schien, daß die Engländer auf das falsche Pferde gesetzt hatten. Die Niederlage, welche die Türken am Ende dem griechischen Heere beibrachten, kam fast einer Zermalmung gleich. „Das treulose Albion" tat, was es in seiner Geschichte in solchen Fällen immer getan hat: es ließ die Griechen fallen. Man erinnert sich noch der bitteren Klagen der Griechen darüber, daß England in dem ganzen Konflikte die treibende Kraft gewesen sei, daß es aber seine Versprechungen nur sehr teilweise gehalten und die Griechen gänzlich im Stiche gelassen habe.

Allein die dicke Haut John Bulls berührte diese bitteren Klagen kaum mehr als ein Mückenstich. Man hatte zunächst das Spiel verloren und zog daraus kaltblütig die Konsequenzen. So begann die erste Lausanner Konferenz. Sie stand völlig im Zeichen der deutschen Reparationsfrage. England, das einsah, daß bei dem Griechen nicht mehr viel zu holen sei, sattelte ganz langsam und vorsichtig um und kam den türkischen Wünschen soweit wie nur irgend möglich entgegen. Die Verhandlungen nahmen einen Verlauf, daß Frankreich mehr und mehr mit der Möglichkeit einer schiedlich-friedlichen Beilegung des türkisch-griechischen Konfliktes rechnen mußte. Das aber paßte ihm gar nicht in sein Spiel. Eine Beilegung der Orientwirren hätte bedeutet, daß England dieser Sorge ledig war und freie Hand in Europa bekommen hätte, d. h., daß es Deutschland gegenüber in der Reparationsfrage nicht mehr diejenige Rücksicht auf Frankreich zu nehmen gehabt hätte, zu der es sich wohl oder übel genötigt sah, solange Frankreich in Lausanne ihm jeden Tag einen neuen Stein in den Garten seiner Hoffnungen zu werfen in der Lage war. Die Mossulfrage, an der die Konferenz ursprünglich völlig zu scheitern drohte, war durch Vertagung vorderhand aus der Welt geschafft. Ob Frankreich angesichts dieser Gefahr sich zu einem außerordentlich gewagten Spiel entschloß, oder ob es tatsächlich jetzt erst mit wirtschaftlichen Forderungen an die Türkei herausrückte, die es bisher zurückgehalten hatte, ist schwer zu sagen. Tatsache ist, daß an eben diesen wirtschaftlichen Forderungen die Konferenz scheiterte und ergebnislos auseinanderging.

Seitdem hat sich das Verhältnis dieser vier Staaten zu einander vollkommen auf den Kopf gestellt. Heute ist England der geheime Verbündete der Türkei, während Frankreich Griechenland gegen die Türken aufzuputschen versucht und es im übrigen den Anschein hat, als könnte es um Syrien zu einem bewaffneten französisch-türkischen Konflikt kommen. Frankreich hat die Entsendung von zwei weiteren Divisionen nach Syrien ins Auge gefaßt wegen angeblicher starker türkischer Truppenkonzentrationen an der syrischen Grenze. Wie weit dieses französische Säbelrasseln ernsthaft gemeint ist, inwieweit es sich vielleicht nur um ein Manöver handelt, das auf die Lausanner Verhandlungen einen Druck ausüben und gegenüber dem von den Franzosen so heiß bekämpften Chester Abkommen neue Konzessionen für Frankreich und Kleinasien erpressen soll, inwieweit es ein Wink mit dem Zaunpfahl an die englische Adresse sein soll, daß Frankreich neben seinem Ruhrabenteuer auch vor einer militärischen Kraftleistung im Orient nicht zurückschrecken würde, läßt sich noch schwer beurteilen. Sicherlich aber verfolgt diese kriegerische Geste den Zweck, gegebenenfalls England im Orient von neuem die Hände zu binden und es damit von einer Frankreich nicht genehmen Haltung in der Reparationsfrage abzuhalten. Man wird aber kaum fehlgehen, wenn man annimmt, daß Frankreich das eine sowohl wie das andere will; nämlich den Druck auf England und weitere wirtschaftliche Konzessionen, nur nicht den Krieg. General Weygand wird in Syrien schwerlich ein großes Betätigungsfeld finden; aber die französischen Unterhändler in Lausanne werden um so mehr zu tun haben, um gegenüber der Verleihung von Konzessionen an Amerikaner und Engländer auch für die Franzosen noch einige tüchtige Happen herauszuschlagen.

Der Marksturz vor dem Parlament.

Über die Gründe der letzten Dollarhausse, durch die das deutsche Zahlungsmittel abermals um die Hälfte entwertet worden ist, sind in der Öffentlichkeit Gerüchte verbreitet, die nicht nur die gewerbsmäßigen Spekulanten aufs schwerste belasten, sondern auch auf wirtschaftliche Kreise ein eigenartiges Licht werfen. Es wird nämlich behauptet, daß einzelne Industrielle im Interesse des billigeren Exportes durch starke Ankäufe von Devisen deren Kurse in die Höhe getrieben hätten. In der Presse ist in diesem Zusammenhang insbesondere der Name Hugo Stinnes genannt worden, dessen Leibblatt, die „Deutsche Allgemeine Zeitung", freilich jede Beteiligung ihres Besitzers an solchen Valutaspekulationen energisch bestritten hat. Eine Stütze fanden die Gerüchte in Ausführungen des Leiters der Reichsbank Dr. Havenstein im Zentralausschuß dieses Institutes, in denen er sich über die der Stabilisierungsaktion der Regierung von gewisser Seite entgegenarbeitenden Machenschaften beklagte. Um Klarheit über diese Dinge zu schaffen, hat nunmehr die parlamentarische Arbeitsgemeinschaft — Deutsche Demokratische Partei, Deutsche Volkspartei und Zentrum — im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: „Der Marksturz, der die Stützungsaktion der Regierung unterbrochen hat, ist geeignet, schwere wirtschaftliche Schäden herbeizuführen. Ist die Regierung bereit, über die Gründe dieses Marksturzes Auskunft zu geben, insbesondere darüber, ob von inländischer Seite auf diesen Marksturz vorsätzlich oder fahrlässig hingearbeitet worden ist, und welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung zu treffen, um ähnlichen Ereignissen für die Zukunft vorzubeugen?" — Es ist zu hoffen und zu wünschen, daß die Regierung in der Beantwortung dieser Interpellation dem deutschen Volke nicht nur reinen Wein einschenkt über die Gründe des Marksturzes, sondern daß sie auch, was noch viel wichtiger, in der Lage ist, ein zuverlässiges Programm vorzulegen, an dessen Hand sie die Stabilisierung der Mark mit mehr Glück als bisher durchführen kann.

Wichtiges vom Tage.

50 bulgarische Soldaten überschritten die griechische Grenze und stellten sich den Behörden, weil sie vor den Aufständischen hätten flüchten müssen, die im Süden Herr der Lage seien.

*

Marschall Foch traf in Wien auf der Durchreise nach Polen ein.

*

Im italienischen Ministerrat berichtete Mussolini über die letzten Ereignisse der inneren und äußeren Politik und hob hervor, daß der 1. Mai in fast allen Städten ruhig verlaufen sei. Der Ministerpräsident kündigte die Eröffnung der Kammer für den 16., des Senats für den 23. Mai an.

*

Gleich dem Bischof von Orleans glaubt sich auch der Bischof von Evreux, Herr Chauvin, der seinen Namen nicht zu Unrecht führt, bemüßigt, auf das Rundschreiben des Kölner Erzbischofs zu antworten. Er behauptet, daß das deutsche Volk nicht alles getan habe, um die Forderungen der Sieger zu erfüllen. Es sei unrichtig, daß die französischen Offiziere und Soldaten Brutalitäten verübten. Das hätten vielmehr die deutschen Offiziere und Soldaten insbesondere zu Beginn in Frankreich und Belgien getan. Herr Chauvin behauptet sogar, daß die französischen Kriegsgefangenen in den deutschen Gefangenenlagern Hungers sterben mußten.

*

Reichstag und Landtag

nehmen am 3. Mai ihre Sitzungen wieder auf und werden dann bis zu den Pfingstferien durchtagen. Der Reichstag will gleich am ersten Tage endlich die wichtigen Abstimmungen über das Versammlungsschutzgesetz vornehmen. Man kann nur dringend wünschen, daß die Sozialdemokratie endlich von der agitatorischen Behauptung abläßt, daß es sich hier um ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterschaft handele. Der Hinweis auf Bayern hinkt schon darum, weil es dort bisher kaum vorgekommen ist, daß sozialdemokratische Kreise nationalsozialistische Versammlungen gestört haben. Die Störungen gingen zumeist von rechtsradikalen Elementen aus, und ihnen verhilft die Sozialdemokratie mit ihrer kurzsichtigen Stellungnahme zu einem Freibrief. Es muß jedoch erwartet werden, daß die bürgerlichen Parteien diesmal die Anwesenheit ihrer Fraktionsmitglieder durchzusetzen wissen, damit im Falle eines erneuten Auszuges der Sozialdemokraten aus dem Sitzungssaale der Öffentlichkeit das Schauspiel einer abermaligen Beschlußunfähigkeit erspart bleibt.

Ruhiger Verlauf der Maifeier im Reich.

Berlin, 2. Mai. (WTB.) Die Maifeier, die gestern in allen größeren Städten Deutschlands in der üblichen Weise durch Umzüge begangen wurde, ist allenthalben ohne Zwischenfall verlaufen.

Im besetzten Gebiet.

Essen, 2. Mai. (WTB.) Die von den freien Gewerkschaften im Ruhrgebiet veranstalteten Maifeiern der Arbeiterschaft verliefen, soweit bisher bekannt, ruhig und ohne Zwischenfall. In Essen fand gestern morgen eine gewaltige Massendemonstration statt, an der sich mehrere hunderttausend Männer und Frauen beteiligten. Auf vielen Schildern, die neben den Fahnen im Zuge geführt wurden, forderten die demonstrierenden Massen der Ruhrarbeiterschaft Freiheit, Recht und Völkerverständigung. Die französischen Truppen mieden die Straßen. Lediglich französische Militärflugzeuge beobachteten die Menge und warfen Propagandaflugblätter herab. — Auch in den übrigen Großstädten des Ruhrgebietes fanden gleichartige Kundgebungen und Umzüge statt.

In Berlin.

Berlin, 2. Mai. (WTB.) An den von den Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam veranstalteten Kundgebungen zur Feier des 1. Mai nahmen etwa 4—500 000 Personen teil. Die Feiern sind in ganz Groß-Berlin ruhig verlaufen.

In München.

München, 2. Mai. Die sozialdemokratische Maifeier ist gestern vormittag auf der Theresienwiese vor der Bavaria programmäßig vor sich gegangen und hat etwa eine Stunde gedauert. Auf dem Oberwiesenfeld versammelte sich vormittags eine große Anzahl Nationalsozialisten. Um einer Störung der Maifeier vorzubeugen und ein Zusammentreffen der Hitler-Gruppe mit den sozialdemokratischen Demonstranten zu verhindern, wurde Landespolizei nach dem Oberwiesenfeld dirigiert, um eine Sperrkette zu legen. Die Landespolizei stieß auf keine Schwierigkeiten. Störungen sind bisher nicht gemeldet.

*

Über die

Spannung in München

erfahren wir noch: In der Stadt herrschte gespannte Nervosität. Die Rechtsradikalen hatten wüste Gerüchte verbreitet: Räterepublik in Sachsen u. a. m. Die Beunruhigung wuchs, als in den Abendstunden unverantwortliche Hetzblätter erschienen, in denen es am Schluß hieß, die Frauen und Kinder sollten von der Straße wegbleiben, und von denen zwei die Unterschrift „Die vaterländischen Kampfverbände Bayerns" trugen; sie sind jedoch, wie bestimmt versichert wird, ausschließlich das Werk der Nationalsozialisten bezw. Hitlers gewesen. Infolge dieser Vorgänge trat der Ministerrat noch um 10 Uhr abends zusammen, um gegen Mitternacht eine Warnung zu beschließen, die morgens angeschlagen wurde.

Die ohne Störung verlaufene Feier auf der Theresienwiese hätte zu schwerem Unglück führen können, da Hitler es auf Provokation abgesehen hatte. Die Regierung hatte alle ihre Machtmittel aufgeboten, es hatten sich ihr auch eine Anzahl Organisationen in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt. Hitler hatte seine Leute auf Oberwiesenfeld in einer Ausrüstung versammelt, die nichts Gutes ahnen ließ. Gegen 11 Uhr sperrte die Landespolizei die Zugänge und Straßen nach Oberwiesenfeld ab, um einen Einmarsch zu verhindern. Hitler wurde schließlich dazu gebracht, daß die Ausrüstung abgelegt wurde. In den frühen Nachmittagsstunden verließen die Leute Hitlers Oberwiesenfeld und zogen in das Stadtinnere. In der Elisabethstraße überholten sie einen Zug der Sozialdemokraten, der auf Umwegen von der Theresienwiese zurückkehrte, nahmen ihm die rote Fahne weg und verbrannten sie.

*

Der französische 1. Mai.

Daß die Maifeier in Frankreich einen keineswegs imponierenden Verlauf genommen hat, darüber braucht man sich bei der numerischen Schwäche der dortigen sozialistischen Partei und ihrer geistigen Einstellung nicht gerade zu wundern. Von besonderem Interesse für uns Deutsche aber ist die Haltung, die die französische Regierung da, wo sie mit diktatorischer Unbekümmertheit über die Gefühle und Ansichten der Bevölkerung glaubt hinweggehen zu können, gegenüber der Maifeier eingenommen hat, d. h. also in den besetzten Gebieten Deutschlands. Hier haben die besetzenden Mächte kurzerhand eine Feier des 1. Mai völlig verboten. Vermutlich gehört diese Maßnahme, die namentlich in dem neubesetzten Gebiet ungemeine Erregung hervorgerufen hat, zu den Mitteln, mit denen Herr Poincaré die Seele des deutschen Arbeiters für sich zu gewinnen hofft.

Die Brotversorgung im neuen Erntejahr.

Nachdem infolge der Stellungnahme der Reichsregierung und der Entschließung des Reichstages vom 12. April die Getreideumlage mit Beendigung des gegenwärtigen Wirtschaftsjahres ihren Abschluß findet, wird von der Reichsregierung den gesetzgebenden Körperschaften ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der die Brotversorgung im kommenden Wirtschaftsjahr auf eine andere Grundlage stellt. Der Entwurf sieht die Bereitstellung einer Reserve von bis zu dreieinhalb Millionen Tonnen in der Hand der Regierung vor, die dazu dienen soll, die öffentliche Versorgung während des Überganges vom alten in das neue Erntejahr fortzusetzen, ferner bei Notständen auszuhelfen und die Möglichkeit einer Einwirkung bei ungerechtfertigten Preisgestaltungen für Inlandgetreide zu geben. Die von der Reichsgetreidestelle zu beschaffende und zu verwaltende Reserve soll teilweise durch Einfuhr beschafft und in Höhe von 1,5 Millionen Tonnen aus dem Inland entnommen werden, und zwar möglichst auf dem Wege der Vereinbarung. Für den Fall, daß die Getreidemengen nicht durch Verträge aufgebracht werden können, sieht der Entwurf eine Umlage von 1¼ Millionen Tonnen vor. Für die Bedürftigen sollen im Wirtschaftsjahr 1923/24 Geldbeträge bereitgestellt werden, die mit Zustimmung des Reichsrates von der Reichsregierung festgesetzt und durch Vermittlung der Länder und Kommunalverbände verteilt werden sollen. Die notwendigen Summen sollen durch eine Abgabe in Höhe von Zwangsanleihe aufgebracht werden. Den Zwangsanleihepflichtigen wird die Verpflichtung auferlegt, einen Steuerbetrag einzuzahlen, der der bereits festgesetzten Zwangsanleihe entspricht. Die neue Abgabe unterscheidet sich nur insoweit von einer Zwangsanleihe, als keine Anleihestücke ausgegeben werden, sondern es sich um eine einmalige Steuer handelt.

Sein Prinzeßchen.

Roman aus einer kleinen Residenz.
Von Horst Rainer.

28. Fortsetzung. **(Nachdruck verboten.)**

„Still, Birkhühnchen — sage kein Wort mehr, was gesagt werden mußte, ist gesagt. Wir wollen diese häßliche Szene nicht noch mehr verlängern."

Prinzeß Renate rauschte mit einem höhnischen, haßerfüllten Ausdruck im Gesicht hinaus und warf die Tür unsanft ins Schloß.

Fräulein von Birkhuhn zitterte am ganzen Körper. Sie wollte sich losreißen.

„Kindchen — laß mich ihr nach — mag werden, was da will, aber sie soll nicht über dich triumphieren. Ich will ihr die stolze Maske vom Gesicht reißen, damit sie sich in ihrer ganzen Erbärmlichkeit erkennt. Ich will ihr die Wahrheit sagen, dann soll sie erkennen, wer von euch beiden die niedrige Gesinnung hat."

Prinzeß Lolo hielt sie aber fest.

„Du bleibst und regst dich nicht mehr auf. Hier setze dich her und ich gebe dir deine Tropfen, du zitterst ja am ganzen Körper. Willst du mir krank werden? Weißt du nicht, wie notwendig ich dich brauche? Komm, laß uns diese häßliche Szene vergessen. Wir werden kaum noch viel mit Renate zusammentreffen, die wenigen Tage, die sie noch hier ist, können wir ihr ausweichen. So — nun bleibe ganz ruhig, du sollst nichts — gar nichts mehr tun, als dich pflegen lassen."

Fräulein von Birkhuhns Erregung machte sich in Tränen Luft.

„Ach Kindchen — mein liebes, gutes Kindchen — was bist du für ein goldenes Geschöpf. Wieviel edler und besser bist du wie deine Schwester. Sie hätte mich gemütsruhig vor die Tür gesetzt, nun sie mich nicht mehr braucht. Und du — du bist ein Engel — ein leibhaftiger Engel."

Prinzeßchen lachte unter Tränen.

„Ei, du Musterexemplar einer Erzieherin, willst du mich eitel und hoffärtig machen?"

„Nein, nein — aber siehst du — das Herz geht mir in Stücke, wenn ich's nicht sagen darf."

„Nun sehe einer dies närrische Birkhühnchen an. Willst du nun wohl ruhig sein! Jetzt legst du dich ein Stündchen nieder und ruhst dich aus. Ich gehe zu Bielke hinüber und bitte ihn, hier im Hause ein wenig zu helfen, damit Meta meiner Schwester zur Verfügung steht. Du — Bielke war doch rein närrisch vor Freude, als ich mich ihm gestern als künftige Millionärin vorstellte. Ich glaube, er hat sich gestern abend einen Schwips gekauft, denn er kam singend und etwas unsicher auf den Beinen durch den Park. Ich saß am Fenster und konnte vor Glückseligkeit nicht einschlafen. Immer mußte ich denken: „Wie schön, jetzt bist du kein armes Prinzeßchen mehr."

So plauderte Prinzeßchen, um ihre alte Erzieherin von der häßlichen Szene abzulenken, obwohl sie in ihr selbst noch nachzitterte.

Als sie dann Birkhühnchen auf einen Divan gebettet hatte, sagte sie ernst:

„Morgen wird Graf Falkenhausen beigesetzt. Weißt du — ich würde so gerne dabei sein, um an seiner Gruft zu beten. Aber da ist sicher eine so glänzende Trauergesellschaft beisammen, und ich würde vor Scheu nicht wissen, was ich tun sollte. So will ich hier für ihn beten und ihm im Herzen danken für seine Güte. Er hat meinem Leben mit einem Male eine glückliche Wendung gegeben. Es heißt zwar: Reichtum macht nicht glücklich, aber dies Sprichwort haben sicher Menschen erfunden, die nicht wußten, wie bitter Armut sein kann. Sieh, wenn Baron Schlegell nun arm wäre und keine arme Frau heiraten könnte — man weiß ja nicht, ob es so ist — dann würde mir doch diese Erbschaft zu meinem Glück verhelfen. — Meinst du, daß er bald etwas von sich hören läßt?"

„Wir wollen es hoffen, Kindchen. Schade ist es doch, daß du nun den Prinzen nicht magst."

Prinzeß Lolo küßte lächelnd die alte Dame.

„Ich mag ihn aber nun einmal nicht!"

Dann ging sie still hinaus und auf ihren jungen, weichen Zügen lag ein sehnsüchtiger Glanz.

*

Mit großer Wichtigkeit und Genauigkeit hatte Prinzeß Lolo das Schreiben an Justizrat Dr. Hofer abgefaßt, in dem sie ihren Verzicht auf die Hand des Prinzen Joachim dokumentierte.

Nun wurde dieser Verzicht in einem eingeschriebenen Briefe abgesandt. Prinzeßchen trug ihn mit Birkhühnchen zusammen selbst zur Post.

An demselben Tage reiste Prinzeß Renate ab, begleitet von einer neuen Kammerzofe, die sie für sich engagiert hatte. Die übrige Bedienung sollte sie im Stift vorfinden. Ihre Durchlaucht hatte in diesen Tagen eine fieberhafte Tätigkeit entfaltet. Die Köchin, Bielke und das Hausmädchen wurden ohne Unterlaß von ihr hin und her gejagt mit allerlei Aufträgen. Ihre Koffer hatte bereits die neue Zofe gepackt.

Die Mahlzeiten hatte sie in ihrem Zimmer eingenommen, und wenn sie einmal zufällig Fräulein von Birkhuhn oder ihrer Schwester im Hause oder im Park begegnete, dann sah sie über diese beiden Menschen, die es gewagt hatten, ihr die Wahrheit zu sagen, hinweg, als ob sie Luft wären. Auch als sie zur Abreise fertig war, hatte sie mit Lolo nur noch eine kurze kühle Unterredung, die sich auf Äußerlichkeiten bezog. —

Triumphierend hatte sie zuvor der Schwester nachgesehen, als diese mit dem Briefe an Dr. Hofer zur Post ging. Nun wußte sie, daß die Würfel gefallen waren. Prinz Joachims Brief steckte noch hinter dem Bücherschrank. Wurde er da eines Tages gefunden — wer wollte ihr dann beweisen, daß sie es gewesen, die ihn in dieses Versteck geschleudert hatte?

Jedenfalls war es dann zu spät, Lolo hatte den Verzicht abgeschickt. Prinz Joachim würde ihre Weigerung, ihn zu heiraten, für eine deutliche Antwort auf seinen Brief halten und sich trotz seiner Zuversicht ungeliebt glauben. Ein bindendes Wort, oder auch nur ein Geständnis gegenseitiger Liebe hatte nicht stattgefunden, also konnte er an einen Irrtum glauben, wenn er angenommen hatte, daß Lolo ihn liebte.

Jedenfalls würde er dann bald eine andere Gemahlin heimführen. Und Lolo würde vergeblich auf die Rückkehr von Baron Schlegell warten. Fand sich dann später einmal der Brief, dann war es zu spät. Und wollte sie die Schwester dann für das Verschwinden des Briefes verantwortlich machen — bah — sie war doch nicht verpflichtet, auf diesen Brief zu achten.

Sie hatte ihn eben irgend wo hingelegt in der Zerstreutheit und nicht mehr daran gedacht. Wie er dann hinter den Bücherschrank geriet? Nun — man hatte ihn beim Packen vielleicht umgeworfen.

So hatte sich Ihre Durchlaucht das alles zurechtgelegt. Kein Hauch von Mitleid berührte sie. Es erfüllte sie mit Genugtuung, der Schwester dieses Leid zuzufügen. Wenn sie an jenem Tage, da sie den Brief empfangen hatte noch einigermaßen im Zweifel gewesen war, ob sie ihn wieder aus seinem Versteck hervorholen und Lolo einhändigen sollte, so war dieser Zweifel von ihr gewichen nach der Szene mit der Schwester und Fräulein von Birkhuhn. Lolos nur zu wahre Worte hatten sie vollends mit Haß erfüllt. Sie hatte nur ihre Rache vorweg genommen und fühlte sich befriedigt in diesem Bewußtsein. Als sie nach einigen geschäftsmäßigen Bemerkungen mit steifem Gruß das Zimmer verlassen wollte, trat Prinzeß Lolo impulsiv an sie heran.

„Renate — laß uns nicht in dieser Weise auseinandergehen. Wir wollen vergessen, was war. Laß uns ohne Groll und im Frieden scheiden. Reiche mir die Hand! Ich wünsche dir alles Glück für die Zukunft," sagte sie mit bebender Stimme und blassem Gesicht.

Prinzeß Renates Blick glitt kalt und abweisend über sie hinweg.

„Laß die Komödie! Ich heuchle keine Gefühle, die ich nicht empfinde. Deinen Glückwunsch brauche ich nicht, ich kann ohne denselben fertig werden."

„Renate — um unseres Vaters willen — wir sind doch Schwestern."

Da fuhr Renate mit einem Ausdruck glühenden Hasses herum. „Erinnere mich nicht an den Vater. Du und deine Mutter — ihr habt euch zwischen uns gedrängt. Ich hasse dich," zischte sie zwischen den Zähnen hervor und verließ schnell das Zimmer.

Prinzeß Lolo stand unbeweglich auf derselben Stelle und drückte die Hände auf das bang und schwer klopfende Herz. Dann hörte sie den Wagen mit Renate fortfahren. Da sank sie in einen Stuhl und weinte bitterlich. Ein gutes Wort hätte alles ausgelöscht, was ihr diese zugefügt hatte. Aber sie ging von ihr, Worte des Hasses auf den Lippen als letzten Abschiedsgruß. Das tat ihr sehr weh.

Fräulein von Birkhuhn kam aufgeregt hereingeflattert und fand Lolo in Tränen. Zitternd strich sie über das goldene Haar.

Auch von ihr hatte sich Prinzeß Renate mit schneidenden Worten verabschiedet. Und auch Birkhühnchens weiches Herz litt darunter. Sie wäre, gleich Lolo, so gern bereit gewesen, zu vergeben.

Nun saßen sie zusammen und weinten und das Herz tat ihnen weh über diesen kalten Abschied.

*

Prinz Joachim war nach der Beisetzung des Grafen von Falkenhausen nach der Residenz zurückgekehrt. Er hatte jedoch täglich mehrere Konferenzen und Zusammenkünfte mit Justizrat Hofer und den Administratoren von Falkenhausen, Neuendorf und Schaffenstein.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230502-10/fragment/page=0005

Provinz und Nachbarländer.

Ob's langen wird?

† **Mansfeld.** Die Stadtverordneten beschlossen gegen eine Stimme folgende Steuerzuschläge: 165 000 Prozent Grundsteuer, 6000 Prozent Gebäudesteuer, 10 000 Prozent Gewerbesteuer 1. und 2. Klasse, 4000 Prozent Gewerbesteuer 3. und 4. Klasse, 8000 Prozent Betriebssteuer. Die geforderten Mehrausgaben mit Ausnahme der Mehrausgaben an Beamtengehältern, die man nur in der Höhe der am 16. Oktober v. J. beschlossenen Gruppen genehmigte, wurden einstimmig bewilligt.

Elektrotechnischer Industrietag.

† **Cöthen.** Von der elektrotechnischen Abteilung des Friedrich-Polytechnikums war hier ein elektrotechnischer Industrietag veranstaltet worden, mit dem gleichzeitig der Verbandstag des Verbandes Niedersächsischer Elektrizitätswerke verbunden war. Mehrere hundert Elektrotechniker aus Wissenschaft und Praxis hatten sich dazu hier eingefunden, auch zahlreiche Industrielle aus Anhalt und den benachbarten Gebieten. Staatsminister Dr. Weber (Dessau) hob als Vertreter des anhaltischen Staatsministeriums hervor, daß die Stadt Cöthen das Polytechnikum aus eigener Kraft geschaffen und in schwerer Zeit aufrechterhalten habe. Im Anschluß daran gab der Minister noch bekannt, daß die Dozenten am Polytechnikum: Dipl.-Ing. Kropp, Dr. Nickel, Dr. Schmidt und Dr. Zschucke, zu Professoren ernannt worden seien. Hierauf sprachen der Vorsitzende des Verbandes Niedersächsischer Elektrizitätswerke Direktor Dr. Grisson (Dessau), und Direktor Dr. Passevant von der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke. Dann begannen die angekündigten Vorträge, die in der Hauptsache fachwissenschaftliche Fragen behandelten. Den Beschluß der Tagung bildeten radiotelephonische Vorführungen. Von der Reichshauptfunkstelle Königswusterhausen wurden drahtlose Begrüßungsworte, Musikstücke und Vorträge ausgesandt, in Cöthen aufgefangen und durch Lautsprecher der Versammlung hörbar gemacht.

Einweihung des Denkmals der 12. Husaren in Torgau.

Ein Wiedersehensfest verbunden mit Denkmalseinweihung führte unsere alten blauen 12. Husaren am 28., 29. und 30. April nach Torgau. Durch das Trompeterkorps des Reiter-Regiments und dem Torgauer Verein abgeholt, so gings mit klingendem Spiel vom Bahnhof zum Quartieramt, wo man so manch alten Kameraden wieder traf und herzliche Erinnerungen austauschte. Am Begrüßungsabend brachten das Trompeterkorps des Reiter-Regiments 10 und ein Männerchor ein gutes Programm zur Ausführung, das gewürzt war durch Ansprachen des Vorsitzenden des Vereins Torgau und des Bundesvorsitzenden.

Am Sonntag war feierlicher Gottesdienst. Bei der Einweihung sprachen Geistliche beider Konfessionen. Die Übergabe des Denkmals in den Schutz der Stadt geschah durch eine Ansprache des Bundesvorsitzenden. Der Erste Bürgermeister von Torgau übernahm das Denkmal mit dem Gelöbnis, es zu pflegen. Dann folgte Kranzniederlegung und Abmarsch zum Marktplatz. Dort fand ein Parademarsch statt. Ein gemeinsames Essen vereinte alle 12. Husaren im Tivoli. Dabei wurden Glückwunschtelegramme von Feldmarschall von Hindenburg, Sixt von Arnim und anderen Persönlichkeiten verlesen. Nachmittags fand eine Mitgliederversammlung des Bundes 12. Husaren im Tivoli statt, dem sich Beisammensein, Konzert und Ball in zwei Lokalen anschloß.

Am Montag war zu Ehren der alten 12. Husaren am Vormittag Schwadronsexerzieren der 2. Eskadron Regiments 12 (Traditionsschwadron).

Alles in Allem war es für die Teilnehmer eine gut verlaufene Feier. Im Festumzuge konnte man Reiter in Uniformen von der ältesten Zeit (1791) in geharnischten Panzern bis zur jetzigen Zeit sehen. Die Bürger der Stadt Torgau hatten ihre Häuser recht reichlich mit Fahnen und frischem Grün geschmückt. Höchstwahrscheinlich wird das nächste Wiedersehensfest wieder in Merseburg, verbunden mit Gedenktafel-Einweihung, im nächsten Jahre abgehalten werden.

Kleine Rundschau.

Franz v. Hoeßlin, der Dirigent der Großen Volksoper in Berlin, ist nunmehr zum 1. August für das Friedrichstheater in Dessau verpflichtet worden. — Wegen Steuerhinterziehung wurde ein Kaufmann in Zerbst zu einer Geldbuße von mehr als zwei Millionen Mark verurteilt. — Spurlos verschwunden ist seit einer Woche die Hausmagd Maria Kaczmarek in Belzig, die sich offenbar aus Furcht vor Bestrafung ermordet hat. — Beim Spiel fiel der Enkel des Mühlenbesitzers Neumann in den Mühlgraben in Hohlstedt und ertrank. — An seinem Schlips erhängte sich an der Chaussee bei Harzburg der Diamantschleifer Adolf Klein, ein Österreicher. — In Apolda verunglückte der 40jährige Fabrikant Trapp dieser Tage bei einem Autounfall bei Kohlstedt und verstarb infolgedessen in Jena. — Bei einem großen Schaufenstereinbruch wurden in Halberstadt etwa fünfzig Paar Schuhe gestohlen. — In der katholischen Volksschule in Bitterfeld überfiel der Vater einer geringfügig bestraften Tochter den betreffenden Lehrer und mißhandelte ihn schwer. — Der Bauer Helbig in Haselbach wurde mitsamt seinen beiden Kühen auf dem Felde vom Blitz erschlagen.

Volkswirtschaftliches.

Notierungen vom 1. Mai.

Effektenmarkt.

Hallesche Börse.

Kursnotierungen der Halleschen Bankfirmen.

Hall. Bankver.	6800	Eisenwerk Brünner	16000	Gottfried Lindner neue	28000
Vers. Iduna, Feuer	—	Halle Zimmerm., St.	11000	Wegelin u. Hübner	16900
Hall. Pfännerschaft	52000	do. neue	—	do. neue	—
do. neue	49000	Hall. Maschinenfabr.	75000	Zeitzer Maschinen	—
Riebeck Montan	210000	Hall. Röhrenwerke	19000	Zuckerraffin. Halle	33000
Werschen-Weißenfels	135000	Glauziger Zucker	106000	Schraplauer Kalkwerke	12500
Ammendorf. Papier	30000	Körbisdorfer Zucker	55000	„ „ neue	—
Aktienmalzf. Kömmern	22000	Kyffhäuser-Hütte	17000	Bruckdorf-Nietleben	—
Eilenburger Kattun	46000	Gottfried Lindner	30000	Diskontobank	4000

Viehpreise und Fleischpreise.

Die vom Konsumenten geforderten Fleischpreise stehen in einem schreienden Mißverhältnis zu den dem Landwirt gezahlten Preisen für lebendes Vieh. Als im Januar das große Hinaufschnellen der Preise begann, gingen die Fleischpreise selbstverständlich mit und auch die Viehpreise zogen einigermaßen entsprechend an. Die darauf folgende Senkung des Dollarkurses hatte ein Nachlassen der dem Produzenten gezahlten Viehpreise um rund 50 Prozent zur Folge; die Fleischpreise in den Städten sind aber inzwischen nur um wenig mehr als 5 Prozent zurückgegangen. Aus diesem Mißverhältnis soll nun nicht etwa ein Grund dafür hergeleitet werden, die Viehpreise wiederum entsprechend zu erhöhen; man darf aber doch wohl mit einem gewissen Recht fragen, wie der Handel die auffällige Tatsache begründen will, daß er trotz der Ermäßigung der Einkaufspreise um die Hälfte die von ihm geforderten Preise nur um einen verschwindend geringen Prozentsatz herabgesetzt hat. Der Handel ist so schnell damit bei der Hand, immer die Schuld für seine steigenden Preisforderungen auf andere abzuwälzen, und wir verkennen gewiß nicht die für den Handel ebenso wie für den Produzenten sich aus den Währungsschwankungen, einem außerordentlich scharfen Steuerdruck und der verfehlten Eisenbahntarifpolitik ergebenden Schwierigkeiten. Hier ist er aber doch über das Maß des Erlaubten hinausgeschossen, und es ist gewiß keine unbillige Forderung, zu verlangen, daß der Handel ebenso wie bei Preissteigerungen auch bei Preisermäßigungen die Einkaufspreise seinen Preisforderungen zugrunde legt.

Turnen — Spiel — Sport.

VfL.

Resultate der unteren Mannschaften: Die III. Mannschaft verlor in Halle gegen Borussia mit 9:0. — Ebenfalls holte sich die IV. Mannschaft von 96-Halle eine 2:0-Packung. — Die V. Mannschaft verlor unverdient gegen Neumark III 5:2. — Die I. Junioren holten sich vom Sportklub-Weimar einen knappen, aber sicheren 1:0-Sieg, und die I. Jugend ebenfalls gegen Weimar ein Unentschieden von 1:1.

Germania I—Eintracht I 0:8 (0:4).

Eine recht derbe Abfuhr holte sich die I. Germanenelf in Halle von Eintracht, dabei war die Niederlage nicht unverdient, denn die ganze Mannschaft versagte; allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß Germania mit zwei Ersatzleuten spielen mußte. Wenn die Mannschaft zwei Spiele innerhalb acht Tagen nicht aushält, dann müssen solche Experimente wie das Mittwochspiel unterbleiben. Germania spielte unter Protest wegen Günther. — Anders machte es die II. Mannschaft, sie schlug Eintracht II mit 4:2, obwohl Eintracht eine recht schwere Mannschaft ins Feld stellte. Bis zur Pause lag Eintracht mit 1:2 in Führung. Nach dem Seitenwechsel spielte Germania nur noch mit 10 Mann und konnte trotzdem noch dreimal einsenden. Hier sollte sich die I. Elf ein Beispiel daran nehmen.

VfL.-Neurössen.

Nach angestrengter fünfwöchentlicher Platzarbeit nahmen die Mannschaften am Sonntag ihre Spieltätigkeit wieder auf. Die I. Elf stand auf dem Sportplatz der 99er der II. Elf des genannten Vereins gegenüber. Recht unangenehm war der späte Spielanfang. Rössen konnte sich nach seiner langen Spielpause nicht zusammenfinden. Der Sturm war gut, doch wurde so hart gespielt, daß die Mannschaft völlig den Mut verlor. Beim Stande von 4:0 wurde das Spiel abgebrochen. — Die II. Elf spielte gegen MTV.-Weißenfels 0:5. — Die Juniorenelf zeigte ihre alte Kampffreudigkeit und spielte gegen MTV. I. Jun. 2:2, nachdem sie bis kurz vor Schluß 2:1 geführt hatte. Die Weißenfelser zeichneten sich besonders durch ihre faire Spielweise aus.

*

Stockball.

AKW. II-Mücheln—Hallescher Hockey-Club III 6:1 (4:0).

Am vergangenen Sonntag standen sich beide Mannschaften auf dem AKW.-Spielplatz im fälligen Wettspiel gegenüber. AKW. war fast dauernd überlegen und wetzte seine vor einiger Zeit erlittene Niederlage durch diesen glänzenden Sieg wieder aus. — AKW. I war spielfrei, da Naumburg 05 I nicht erschienen war.

*

Deutsches Turnfest in München 1923.

Der Hauptausschuß für das 13. Deutsche Turnfest München 1923 erläßt eine Erklärung, in der es u. a. heißt: Der in Österreich ansässige Turnerbund von 1919, der der vereinigten Deutschen Turnerschaft, der Trägerin des Deutschen Turnfestes, nicht angehört, versendet Flugblätter an deutsche Turnvereine mit der Forderung, Juden und ausländischen Turnern die Beteiligung am 13. Deutschen Turnfest unmöglich zu machen. Völkische Blätter nahmen diesen Streitruf auf und fügten ihm die Drohung an, daß entweder dieser straffen Forderung Folge zu leisten oder mit der Verhinderung des Deutschen Turnfestes zu rechnen sei. (!) Alle derartigen Versuche, Uneinigkeit in die Deutsche Turnerschaft zu tragen, müssen und werden scheitern an der Geschlossenheit der mit 1 600 000 Mitgliedern und 11 000 Vereinen gegliederten Deutschen Turnerschaft. Das Deutsche Turnfest ist keine politische Veranstaltung und deshalb der denkbar ungeeignetste Boden, um Streitfragen auszutragen. Der Hauptausschuß für das 13. Deutsche Turnfest in München muß es daher mit aller Bestimmtheit ablehnen, die geforderte grundsätzliche Richtung aufzunehmen, abgesehen davon, daß er in dieser Frage von vornherein unzuständig ist, sondern ausschließlich der Deutsche Turntag, d. h. die Gesamtvertretung der Deutschen Turnerschaft. Es muß bei der durch Herkommen vorgeschriebenen Übung bleiben, wonach das Deutsche Turnfest abzuhalten ist als turnerischer Wettkampf in großem Stil, als einzigartige unpolitische vaterländische Veranstaltung, welche den deutschen Turnern, Männern und Frauen, Gelegenheit gibt, in edlem Wettkampf ihre körperliche Schulung zu erproben, wohlgebildete Kräfte zu messen, im Ringen um den Turner-Eichenkranz, dem Siegespreis für die besten Leistungen auf dem Gebiete der körperlichen Ertüchtigung unseres Volkes.

Der gute Motor. 1921 erschien der Snob-Motor, der im Snob-Motorenwerk G. m. b. H., Düsseldorf-Oberkassel, hergestellt wird, zum erstenmal auf dem Markt. Riesig schnell faßte der Motor festen Fuß und sein Name wird heute auf dem ganzen Kontinent mit Achtung genannt. Der Snob-Motor ist ein Fabrikat allererster Klasse. Mustergültige Konstruktion haben in Verbindung mit hervorragender Werkstattarbeit bei Verwendung besten Materials Snob populär gemacht. An den großen motorsportlichen Veranstaltungen des Jahres 1922 hat Snob stets teilgenommen. Zug um Zug waren glänzende Erfolge zu verzeichnen. Snob schlug alles. Snob hat sich als komplettes Leichtkraftrad nach jeder Richtung hin auf das allerbeste bewährt.

Erhaben über jedes Lob
Ist das Leichtmotorrad Snob.

Aber auch als Fahrrad-Einbaumotor marschiert Snob an der Spitze. Wie kein anderer Motor ist gerade Snob zum Einbauen in jedes Fahrrad geeignet. Wer sich einen Motor in sein Fahrrad einbauen lassen will, der wähle nur Snob, denn dieser Motor ist zuverlässig, von höchster Leistungsfähigkeit, genügend schnell und wird seinem Besitzer niemals Ärger und Verdruß, sondern stets Freude bereiten. Bei dieser Gelegenheit wollen wir nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß das Snob-Motorenwerk auch dieses Jahr an den großen sportlichen Wettbewerben teilnehmen wird. Trotz der schwierigen Lage hat man in Düsseldorf umfassende Vorkehrungen getroffen, um auch 1923 die hohe Klasse des Snob-Motors zu beweisen.

Amtsblatt der Stadt Merseburg

Stück 18 — Mittwoch, den 2. Mai — 1923

14] Die in der Rentengutskolonie II angelegte und bereits bebaute Straße erhält die Bezeichnung Basedowstraße.
Merseburg, den 28. April 1923.
Die Polizeiverwaltung.
P. I. 521/23.

15] **Erweiterung der Lokomotivschuppenanlage auf Bahnhof Merseburg.**
Die Reichsbahndirektion Halle a. Saale hat bei dem Herrn Regierungspräsidenten den Antrag auf Genehmigung zur Erweiterung der Lokomotivschuppenanlage auf Bahnhof Merseburg gestellt.
Der Plan liegt im städtischen Vermessungsamt vom 3.—17. Mai 1923 von 9—1 Uhr vorm. zu Jedermanns Einsicht offen aus. Während dieser Zeit kann jeder Beteiligte im Umfange seines Interesses gegen den Plan schriftlich oder zur Niederschrift Einwendungen erheben.
Merseburg, den 30. April 1923.
Die Polizeiverwaltung.
B. P. 41/23.

Vergnügungssteuer.
Vergnügungssteuern jeder Art sind vor Abhaltung von den Veranstaltern und Saalbesitzern beim Steueramt anzumelden. Saalbesitzer und Gastwirte machen sich strafbar, wenn sie ohne vorgelegte Anmeldebescheinigung Vergnügungen dulden. Auch haften sie für die Steuern.
Merseburg, den 24. April 1923.
Der Magistrat.
V. 3/28.

Stundenplan
der Berufsschulen hängt in den Klassen der Berufsschulen und im Rathause zur Einsichtnahme aus.
Merseburg, den 27. April 1923.
Der Magistrat.
VI. 96/23.

161. Versteigerung in der städtischen Pfandleihanstalt
Mittwoch, den 16. Mai 1923, vorm. 9 Uhr.
Zur Versteigerung gelangen die nicht eingelösten Pfänder Nr. 13814 bis 14060, bestehend in Kleidern, Wäsche und anderen Gegenständen. Die Pfänder können noch bis Dienstag, den 15. Mai 1923, mittags 12[00] Uhr eingelöst oder erneuert werden. Etwaige Ueberschüsse werden innerhalb Jahresfrist in der Kämmereikasse ausgezahlt.
Merseburg, den 14. April 1923.
Der Verwaltungsrat.

Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Fehlt's am Gelde?
Kauf bei Klingler!

Auf Kredit liefern wir zu besonders günstigen Bedingungen:
Herren-Anzüge / Cutaways / Sport-Paletots / Schlüpfer / Gummimäntel
Beinkleider / Damenmäntel / Kleider
Kostüme / Kostümröcke / Jumper
Kleine Anzahlungen! ....
.... Kleine Abzahlungen!
Karl Klingler, Leipziger Str. 11[I], Eing. Sandberg
Kein Laden, nur erste Etage!

Empfehle v. Sonnabend, den 5. d. M., einen großen Transport prima

bayr. Zugochsen
durch günstigen Einkauf sehr preiswert.
H. Heydenreich, Crumpa bei Mücheln, Tel. 39.

Kleine Anzeigen finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent". (Nebenausgabe „Schafstädter Zeitung.")

Nur Donnerstag, 3. Mai
in Merseburg,
Hotel Goldne Sonne, von 9 bis 5 Uhr.
Kaufe alte
Zahngebisse
sowie einzelne Zähne
(auch zerbrochene).
Zahn . . bis 9000 M.
Gebisse . bis 300000 M.
Fahrgeld vergüte. Max Zickel, Liegnitz.

Gemüse-Pflanzen
in sortenechter, starker, gesunder Ware bei
Albert Trebst.
Gartenbaubetrieb,
Entenplan 3 u. Nordstr. 2.

Hühneraugen beseitigt sicher **Lebewohl.**
das Radikalmittel
Hornhaut a. d. Fussohle verschwind. durch
Lebewohl-Ballen-Scheiben.
In Drogerien u. Apotheken.
Man verlange ausdrücklich „Lebewohl".

Der verkehrte Weg
ist, die Anzeigen einem Blatte zu übertragen, das durch haltlose Behauptungen viel verspricht, dem es aber an Lesern mangelt!

Der richtige Weg
führt zur ständig. Benutzung der allgemein gelesenen und am stärksten verbreiteten Tages-Zeitung, dem Merseburger Korrespondent

Brikett
sind noch nicht teurer
Unverändert bleiben meine Preise
4800 pro Ztr. **4800**
Franz Grünewald, Saalstr. 5.

Gerstenschrot
empfiehlt Willy Baumann.

Piano kauft laufend höchstzahlend
Golze & Hahn,
Magdeburg,
Breiteweg 119, Teleph. 9449.

Verbrennungs-Särge
aus Metall und Holz, sowie großes Lager
eichener und kieferner Pfosten-Särge
Metall-Särge
Sarg-Magazin von O. Scholz Ww.
Inhaber Gebr. Scholz
Gotthardtstraße 34. Merseburg. Gotthardtstraße 34.

Zum alten Stiefelputzer Franz
Zieht es mich mächtig hin.
Er pfeift und ist stets kreuzfidel
Und putzt mit Perladin.
Er singt den lieben langen Tag
Ein Liedchen vor sich hin:
„Ich putz', ich reib', ich wichs', ich wachs',
Steis nur mit „Perladin".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230502-10/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. **Bezugspreis** monatl. 3600 M. frei Haus, fäll. b. Vorzeig. d. Quittung: Abweisung nur statthaft bei Aufsage d. Bezugs im Vormonat. Bei Abholg. monatlich 3500, wöchentlich 900 M. — **Postbezug** monatlich. — Einzelnummer 150 M., bei 8 Seiten 200 M.

Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg
mit dem Amtsblatt der Stadt Merseburg
der wöchentl. Unterhaltungsbeilage Am häuslichen Herd und dem monatl. erscheinenden Chronist von Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 100 M., im Reklameteil 400 M., für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 300 M. Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vorm. Belegnummer wird berechnet.
Bezugs- und Anzeigenpreise sind freibleibend.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V., Kreis Mitteldeutschland.

Nr. 102. Mittwoch den 2. Mai 1923 **49. Jahrg.**

Das deutsche Angebot!

30 Milliarden Goldmark. — Abschluß eines Rheinpaktes. — Beendigung der Pfänder- und Sanktions-Politik.

Berlin, 2. Mai. (WTB.) Die deutsche Note, die heute gleichzeitig in Washington, Brüssel, Paris, London und Tokio überreicht wurde, betont eingangs, daß die Fragen des Wiederaufbaues, der wirtschaftlichen Gesundung und des Friedens Europas

nur auf dem Wege gegenseitiger Verständigung

gewährt werden könen. Die im Widerspruch damit erfolgte Ruhrbesetzung habe die Bevölkerung mit passivem Widerstand beantwortet. Die deutsche Regierung habe sich entschlossen, nochmals einen Lösungsversuch zu machen, ohne ihren Rechtsstandpunkt zu verlassen oder den passiven Widerstand aufzugeben, der fortgesetzt werden wird, bis die Räumung der über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete und die Wiederherstellung vertragsmäßiger Zustände in den Rheinlanden erfolgt sind. Die Note führt dann aus, daß es bei der gegenwärtigen Verfassung der deutschen Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse nicht möglich ist, die Leistungsfähigkeit Deutschlands in festen endgiltigen Ziffern abzuschätzen. Wegen dieser Unmöglichkeit muß jede Lösung einen elastischen Faktor enthalten. Größere Kapitalbeträge aus eigenen Mitteln könne Deutschland für die nächste Zeit nicht aufbringen und bedürfe deswegen auswärtiger Anleihe, deren Aufnahme die Wiederherstellung des deutschen Kredites zur Voraussetzung hat.

Im Einklang mit dem Grundgedanken ihres Planes für die Pariser Januarkonferenz macht die deutsche Regierung daher folgende Vorschläge zum Reparationsproblem und den damit verbundenen politischen Fragen. Die Gesamtverpflichtung Deutschlands zu finanziellen und wirtschaftlichen Sachleistungen aus dem Vertrage von Versailles wird auf

30 Milliarden Goldmark

festgesetzt, die mit 20 Milliarden bis zum 1. Juli 1927, mit 5 Milliarden bis zum 1. Juli 1929 und mit 5 Milliarden bis zum 1. Juli 1931 durch Ausgabe von Anleihen zu normalen Bedingungen auf dem internationalen Geldmarkt aufzubringen.

1. Die ersten 20 Milliarden Goldmark werden sofort zur Zeichnung aufgelegt. Die Anleihezinsen werden bis zum 1. Juli 1927 aus dem Anleiheerlös entnommen und in einem von der Reparationskommission zu beaufsichtigenden Fonds sichergestellt. Soweit die 20 Milliarden Goldmark bis zum 1. Juli 1927 nicht durch Anleihe aufgebracht werden können, sind sie von diesem Zeitpunkt ab mit 5 Prozent zu verzinsen und mit 1 Prozent zu tilgen.

2. Falls die beiden Beträge von je 5 Milliarden Goldmark bis zu den dafür vorgesehenen Terminen im Anleihewege zu normalen Bedingungen nicht voll aufzubringen sind, soll eine unparteiische internationale Kommission darüber entscheiden, ob, wann und wie der nicht gedeckte Rest aufzubringen ist. — Die gleiche Kommission soll im Juli 1931 auch darüber entscheiden, ob, wann und wie für die Zeit vom 1. Juli 1923 ab die zunächst nicht vorgesehenen Zinsen nachträglich aufzubringen sind. Als unparteiische internationale Kommission soll gelten entweder das Anleihekonsortium, das die ersten 20 Milliarden Goldmark begeben hat, oder ein dem Vorschlagdes Staatssekretärs Hughes entsprechendes Komitee von internationalen Geschäftsleuten, in dem Deutschland gleichberechtigt vertreten ist, oder ein Schiedsgericht, bestehend aus je einem Vertreter der Reparationskommission und der deutschen Regierung sowie einem Obmann, dessen Ernennung, falls sich die beiden anderen Mitglieder über seine Person nicht einigen, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika gebeten werden soll.

3. Deutschland wird in Anrechnung auf seine Schuld nach den Bestimmungen der bestehenden Verträge Sachleistungen ausführen, über deren Ausmaß nähere Vereinbarungen vorbehalten bleiben.

Die deutsche Regierung sei überzeugt, so führt die Note weiter aus,

bis an die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit,

nach der durch die Ruhrbesetzung verursachten weiteren Störung und Schwächung der deutschen Volkswirtschaft gegangen zu sein. Sie habe ernste Zweifel, ob nicht der Vorschlag die Leistungsfähigkeit Deutschlands übersteigt. Kein Uebefangener könne zu höheren Schä[illegible] Sollte diese Auffassung von der andern Seite nicht [illegible] chend der

das gesamte Reparationsproblem einer von jeder politischen Einwirkung unabhängigen internationalen Kommission zu unterbreiten.

Hinsichtlich der Garantien betont die Note, daß der gesamte Besitz und alle Einnahmequellen des deutschen Reiches und der deutschen Länder nach dem Versailler Vertrag behaftet sind und daß im Wege der Verhandlungen festzustellen ist, wie für den Anleihedienst diese Haftung konkret zu gestalten ist, und welche Garantien im einzelnen zu bestellen sind. Auf gesetzlichem Wege soll

die gesamte deutsche Volkswirtschaft zur Sicherung des Anleihedienstes herangezogen werden.

Die Sachlieferungen sollen durch langfristige Privatverträge unter Ausbedingung von Vertragsstrafen gesichert werden.

Die Note beschäftigt sich dann mit der Frage der

Stabilisierung der deutschen Währung

und der Ordnung des Reichshaushaltes und verweist auf die Notwendigkeit einer

Beendigung der Pfänder- und Sanktionspolitik.

Die der Befreiung Deutschlands von unproduktiven Ausgaben und von den politischen und wirtschaftlichen Fesseln, wodurch auch die Einheit der Verwaltung für das gesamte Westdeutschland und dessen wirtschaftliche Gleichberechtigung wiederhergestellt werden sollen. Im Interesse gemeinsamer wirtschaftlicher Arbeit soll in privatwirtschaftlichen Verträgen die Grundlage für den gesicherten Austausch von lebenswichtigen Waren zwischen den beteiligten Ländern geschaffen werden. Dazu gehört insbesondere der Abschluß langfristiger privatwirtschaftlicher Verträge über die Lieferung von Kohle und Koks. Im gleichen Interesse friedlicher Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs ist die deutsche Regierung, wie sie auch mit ihrer Anregung zum

Abschluß eines Rheinpaktes

bekunden wollte, zu jeder friedenssichernden Vereinbarung bereit, die auf Gegenseitigkeit beruht. Insbesondere erklärt sich Deutschland zu Vereinbarungen über Schiedsgerichte in allen Streitfragen und über Vergleichsverfahren nach dem Muster der Briandschen Verträge bereit. Die deutsche Regierung schlägt vor, auf der Grundlage der vorstehenden Ausführungen in Verhandlungen einzutreten. Ausgangspunkt der Verhandlungen muß sein, daß innerhalb kürzester Frist der Status quo ante wiederherzustellen ist. Dazu gehört, daß nun die über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete geräumt, in den Rheinlanden vertragsmäßige Zustände wiederhergestellt, die verhafteten Deutschen in Freiheit gesetzt und den Ausgewiesenen ihre Wohnstätten und Ämter zurückgegeben werde.

*

Frankreich will prüfen!

Paris, 2. Mai. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Im Ministerium des Äußern am Quai d'Orsay wurde gestern abend zum ersten Male unumwunden erklärt, man sei einverstanden, daß die deutschen Vorschläge an alle Alliierten übermittelt werden und nicht bloß an Frankreich und Belgien allein. Die Frage der Fortdauer des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet würde Frankreich nicht hindern, die deutschen Vorschläge in Erwägung zu ziehen. Alles hänge davon ab, ob die deutschen Vorschläge als „aufrichtig“ angesehen werden können.

Frontwechsel der britischen Flottenpolitik.

London, 2. Mai. (Drahtmeldung des WTB.) Im Unterhause befürwortete ein Vertreter der Admiralität die Errichtung eines großen Docks in Singapore, welches große Schlachtschiffe aufzunehmen vermag und im Laufe der nächsten zehn Jahre gebaut werden soll. Er ergänzte, die Einrichtung des Flottenstützpunktes in Singapore richte sich gegen niemand, sie sei lediglich eine Sicherungsmaßnahme. „Daily Expreß“ bezeichnet dies als eine wichtige Änderung der britischen Flottenpolitik, der Verlegung des Flottenschwergewichts nach dem Fernen Osten infolge des Aufhörens der deutschen Bedrohung.

Zur deutschen Angebotsfrage.

Dd. **Berlin**, 2. Mai.

Die Veröffentlichung der deutschen Angebotnote erfolgt gleichzeitig mit ihrer **Übergabe an die fünf Großmächte und Belgien.** Dem deutschen Volke wird damit Gelegenheit gegeben, so früh, als es überhaupt angängig war, zum Inhalt der deutschen Note Stellung zu nehmen. Es ist bezeichnend für die Behandlung der deutschen Öffentlichkeit und ihres Organs, der deutschen Presse, daß man das noch besonders anerkennen muß. In anderen Ländern ist es längst Herkommen.

Die Note bringt **in der äußeren Form keine Überraschungen.** Daß sie nicht an Frankreich allein gerichtet ist, muß jeder billig Denkende begreiflich finden, der für deutsches Empfinden in der Zeit französischer Ruhrbesetzung auch nur einiges Verständnis aufbringen kann. Ebenso wenig Veranlassung lag vor, die Note an die Reparationskommission zu richten, deren Aufgabe nach dem Versailler Vertrag genau abgegrenzt und die für die Entgegennahme deutscher Angebote gar nicht zuständig ist. So wendet sich also die Note **an die fünf Großmächte, die den Versailler Vertrag entworfen und zu verantworten haben, und an Belgien, das durch die Franzosen zum Teilnehmer am Ruhreinbruch geworden ist.**

Auch inhaltlich bringt die Note keine Überraschungen für den, der die Kundgebungen und außenpolitischen Reden deutscher Reichsminister und deutscher Parteiführer über das Reparationsproblem in letzter Zeit aufmerksam verfolgt hat. Die angebotene Summe war schon vor Wochen von dem deutschen Außenminister v. Rosenberg in seiner Etatsrede in der gleichen Höhe vorsichtig umschrieben worden, in der sie jetzt im Angebot wiederkehrt. Nur der „Besserungsschein“ ist hinzugefügt, der darin liegt, daß sich Deutschland zu noch höheren Zahlungen verpflichten will, wenn ein internationaler Sachverständigenausschuß die deutsche Leistungsfähigkeit tatsächlich höher bewerten sollte. Die von England empfohlene Ziffer (40 Milliarden) ist in dem Angebot mitenthalten, da ja die bisherigen deutschen Leistungen und Lieferungen von Engländern wie von Franzosen auf ungefähr diese Summe geschätzt werden, während sie nach deutscher Ansicht noch erheblich höher zu bewerten sind.

Die Bürgschaften deutscher Wirtschaftskräfte für das Angebot des Reiches entsprechen ebenfalls den Andeutungen Rosenbergs in seiner bekannten Etatsrede. Natürlich muß zunächst mit der Entente auf dem Verhandlungsweg festgestellt werden, wie hohe Bürgschaften sie verlangt; dann erst kann mit den deutschen leistungsfähigen Wirtschaftskreisen über Form und Inhalt ihrer Bürgschaften gesprochen werden. Es sind also noch außenpolitische wie innenpolitische Vereinbarungen notwendig, ehe die Bürgschaften durch entsprechende Reichsgesetze absolut gesichert werden können. **Aber die bestimmte Zusage reichsgesetzlicher Regelung macht die Sicherung für die Gläubiger heute schon zuverlässig.**

Die vielbesprochenen **politischen Sicherheiten** Frankreichs gegen deutsche Angriffe werden durch die Note in eine Form gekleidet, die jeden beruhigen müßte, dessen Angst und Besorgnis nicht gerade krankhaft ist. Man hat diesmal absichtlich jede Zeitbegrenzung in dem angebotenen Rheinbundspakt vermieden und die Formulierung auch sonst so ausdehnungsfähig wie nur möglich gehalten, um französischen Vorwänden zur Ablehnung von vornherein den Boden zu entziehen. Die Verweisung aller etwaigen Streitfälle an ein unparteiisches Schiedsgericht müßte nach menschlichem Ermessen kriegerische Entwicklungen dauernd im Keime ersticken.

So muß auch bei recht kritischer Betrachtung der Note festgestellt werden, daß sie mit Geschick **nüchtern und sachlich formuliert** ist und manchen Schwierigkeiten aus dem Wege geht, die früher in der Diskussion mit dem Ausland nicht genügend berücksichtigt worden waren. Dabei ist sie ganz offensichtlich nicht nach dem Diktat englischer Wünsche, wie in Paris schon im voraus behauptet wird, geschrieben, sondern ganz allein ernsten praktischen Erwägungen deutscher Leistungsfähigkeit entsprungen. Gewiß wird es immer Kritiker geben, denen das Angebot entweder zu hoch oder zu niedrig erscheint, oder die sonst allerlei daran auszusetzen haben. Aber Aufgabe der verantwortlichen deutschen Regierung konnte es nur sein, zwischen deutscher Leistungsfähigkeit und den berechtigten Wünschen besonnener Ententepolitiker eine richtige Angleichung zu finden. Das ist, wie auch die Billigung der Note durch die Parteiführer beweist, nach Urteil aller politischen und wirtschaftlichen Sachverständigen erzielt.

Die Note kann nur überspannte Erwartungen enttäuschen oder nationalistische Pessimisten verärgern. Vielleicht gibt es in Frankreich beide in der Überzahl. Dann helfen alle Angebote nicht, und auch dieses letzte war eine vergebliche deutsche Arbeit. Um so fester müssen denn alle Kräfte zusammenstehen, um durch waffenlosen Kampf die deutsche Sache doch noch zu gutem Ende zu führen.

Die Berliner Beratungen am Dienstag.

Berlin, 2. Mai. (Priv.-Telegr.) **Der Reichskanzler hat am Dienstagvormittag um 10 Uhr die Führer der Sozialdemokraten, um 11 Uhr die der Deutschnationalen und um 12 Uhr die Führer der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft empfangen, um ihnen von dem Inhalt der an die Alliierten zu entsendenden Note Kenntnis zu geben. Um 1 Uhr fand sodann das Empfangsessen der in Berlin eingetroffenen**

Ministerpräsidenten der Länder

beim Reichspräsidenten statt, an das sich um 3 Uhr die Besprechungen anschlossen. Diese zogen sich bis in die späten Abendstunden hin, da die Aussprache über den seitens der Regierung vorgelegten Text der Note sehr eingehend war. Die Note ist am Dienstagabend an die Alliierten abgegangen. Sie wird erst am Mittwoch der deutschen Öffentlichkeit bekanntgegeben. Der Reichskanzler wird am Mittwoch vor den versammelten Ministerpräsidenten noch eine erläuternde Rede zur Veröffentlichung der Reparationsnote zu halten.

Fr[illegible]ein.

[illegible] die französische Nation bilden sollte. Metz, Toul und Verdun waren Bistümer des heiligen römischen Reiches deutscher Nation! Das Elsaß ein deutscher Gau, der in der ersten Hälfte des 10. Jahrhunderts zu dem rechtsrheinischen Herzogtum Schwaben kam.

Die Grenze des Vertrages von Verdun hat ungefähr bis zum 16. Jahrhundert fortbestanden. Nur geringe Teile waren zumeist durch dynastische Beziehungen abgebröckelt und an Frankreich gelangt. Erst 1552 wurden Metz, Toul und Verdun durch Wegnahme französisch.

Das sind Tatsachen, die keine Geschichtsschreibung mehr aus der Welt schaffen kann. Aber nun wird jeder fragen, worauf stützen sich denn die Ansprüche der Franzosen? Der Franzose wird zunächst antworten: das Elsaß ist vor 1870 französisch gewesen. Man frage ihn dann: Und wann und auf welche Weise ist das Elsaß dann an Frankreich gekommen? Die Antwort wird lauten, das Land sei im Westfälischen Frieden von Kaiser und Reich an Frankrich rechtmäßig abgetreten worden. Das stimmt aber nur für einen Teil des Gebietes. Nur diejenigen Territorien fielen unter die Abtretungsparagraphen, die unmittelbar unter der Herrschaft des Hauses Habsburg gestanden hatten. Diejenigen Stände, die unmittelbar unter dem Reich gestanden hatten und standen, waren nicht mit eingeschlossen. Hier an dieser Stelle die recht verwickelten Verhältnisse auseinander zu setzen, würde zu weit führen. Es mag deshalb nur auf einen Punkt verwiesen werden, der klar und deutlich beweist, daß die französischen Politiker den deutschen Charakter des Landes nicht leugneten.

Die Gesandten schlugen vor, die abzutretenden Länder vom Reich zu „Lehen“ zu nehmen und den König von Frankreich für diese Territorien zu einem Stand des Deutschen Reiches zu machen. Wenn aber der König von Frankreich ein solcher Stand werden wollte auf Grund der elsässischen Erwerbungen, so liegt doch zweifelsohne in dieser Absicht das Zeugnis eingeschlossen, daß es sich um „deutsche“ Länder handelt.

Die Universität Straßburg ist von jeher eine Pflanzstätte deutscher Wissenschaft gewesen. Nur die Namen Goethe und Herder braucht man zu nennen. Hier haben sie die köstlichen deutschen Volkslieder aufgezeichnet, die sie in dem angeblich undeutschen Lande bei den Leuten gehört. Herder, Ossian, Shakespeare: eine Gedankenverbindung, die nur Germanisches enthält! Goethe im Elsaß und Goldsmiths Vicar of Wakefield eine zweite Gedankenverbindung, die um Straßburg kreist und ebenfalls nur Germanisches in sich birgt.

Erst mit der französischen Revolution wurde das gesamte Elsaß französisch! Es trat in den Staatsverband der neuen Republik, ohne sein Deutschtum aufzugeben. Man schaue sich nur die Karte des Elsaß an: man merkt, daß es der französischen Sprache überhaupt unmöglich ist, die deutschen Ortsnamen durch „urwüchsige“ französische zu ersetzen. Straßburg, Colmar, Mülhausen, Hagenau, Weißenburg, Sennheim, Altkirch und noch Hunderte mehr lassen sich in keiner Weise im Französischen wiedergeben, weil die Namen alte deutsche Wurzeln sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230502-10/fragment/page=0007